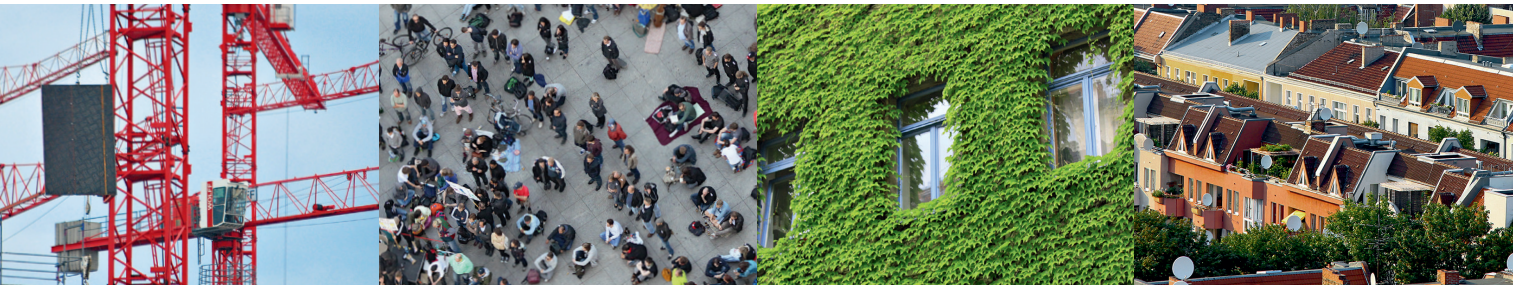
Deutsches Institut
für Urbanistik

Sonderveröffentlichung



Gabriel Bartl, Niklas Creemers, Holger Floeting

Sicherheit und Vielfalt im Quartier

Herausforderungen für Kommunen und Beispiele aus der Praxis

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

DIVERCITY
Sicherheit und Vielfalt
im Quartier

Gabriel Bartl, Niklas Creemers, Holger Floeting

Sicherheit und Vielfalt im Quartier

Herausforderungen für Kommunen und Beispiele aus der Praxis

Impressum

Autoren:

Gabriel Bartl
Niklas Creemers
Dr. Holger Floeting (Projektleitung)

Redaktion:

Patrick Diekelmann

DTP:

Nadine Dräger

Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13–15
10969 Berlin
Telefon: +49 30 39001-0
E-Mail: difu@difu.de
Internet: http://www.difu.de

Gefördert durch:

Bundesministerium für Bildung und Forschung
11055 Berlin

Zitierweise:

Gabriel Bartl, Niklas Creemers, Holger Floeting: Sicherheit und Vielfalt im Quartier. Herausforderungen für Kommunen und Beispiele aus der Praxis, Berlin 2019 (Difu-Sonderveröffentlichung)

Bildnachweise Difu (Umschlag):

v.l.n.r.: 1 Busso Grabow, 2-4 Wolf-Christian Strauss

© Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

Berlin, Mai 2019

Inhalt

1. Einleitung: Die Stadt als Ort der Vielfalt und Verunsicherung 5

2. Städtische Vielfalt als Super-Diversity 7

2.1 Die postmoderne Stadt als Stadt der Super-Diversity 8

2.2 Super-Diversity als Chance und Herausforderung für Kommunen 11

3. Städtische Vielfalt im Kontext von Sicherheit 16

3.1 Subjektive und objektive Sicherheit 17

3.2 (Un-)Sicherheit und Diversität 20

3.3 Lebensqualität als integratives Konzept für Vielfalt und Sicherheit in der Kommune 26

4. Sicherheit und Vielfalt in der kommunalen Praxis 28

4.1 Kommunale Akteur*innen der Vielfalt und Sicherheit 28

4.2 Das Quartier als Ort der Erfahrung und Aushandlung von Super-Diversität 30

5. Vielfalt, Sicherheit und Nachbarschaftlichkeit – Praxisbeispiele 34

6. Fazit: Vielfalt und Sicherheit in der Stadt 45

7. Literatur 48

1. Einleitung: Die Stadt als Ort der Vielfalt und Verunsicherung

Gesellschaftliche Vielfalt, wie wir ihr in deutschen Städten begegnen, ist kein neues Phänomen. Vielmehr ist sie Voraussetzung, Resultat und Wesensmerkmal städtischen Lebens, wie es spätestens im Zuge der Industrialisierung in Europa entstanden ist. Städte zeichnen sich durch eine besondere Vielfalt von sozialen Lagen, Lebensstilen, Werthaltungen und Kulturen aus. Sie erscheinen somit als Orte, an denen sich Fremde auf engem Raum begegnen und so zur Interaktion gezwungen sind. So stellt Bauman (1997: 205) fest: „Stadtleben findet unter Fremden statt." Und Siebel (2017: 7) definiert lose: „Stadt beginnt dort, wo die Bewohner sich nicht mehr kennen." Die moderne Großstadt ist demnach charakterisiert durch die Anwesenheit des Fremden und damit durch die Erfahrung von Differenz. Diese Differenzerfahrung hat seit geraumer Zeit noch an Komplexität gewonnen.

Mit der ausgehenden Moderne verstetigt sich ein Trend der zunehmenden Individualisierung und Fragmentierung der Gesellschaft in zahlreiche lebensstilistische Milieus. Städte sind Schauplätze, Experimentierfelder und Antreiber dieser Entwicklungen. Darüber hinaus erleben wir eine wachsende globale Mobilität, in der Städten eine zentrale Rolle zukommt. Sie sind die Ankunftsorte für Zuwander*innen aus aller Welt. Die vieldimensionale Ausdifferenziertheit des Sozialen in der Stadt hat sich demnach dynamisch fortgesetzt: ökonomisch, sozial, lebensstilistisch, kulturell und ethnisch. Städte sind mehr denn je Orte der Vielfalt. Begleitet von einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten, hat diese Dynamik gesellschaftlicher Fragmentierung zuletzt auch Debatten über die Voraussetzungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden aufleben lassen. Denn Vielfalt stellt zwar eine wichtige Ressource für (Stadt-)Gesellschaften dar; sie stellt diese aber auch vor Herausforderungen.

So deutet die Zunahme gesellschaftlicher Bruchlinien auf Prozesse der sozialen Desintegration hin, die in Städten sichtbar und erfahrbar werden. Gesellschaftliche Vielfalt stellt hier gegebenenfalls geltende Normen und Werte in Frage, so dass es zu Verunsicherungen und Konflikten kommen kann. Der Deutsche Städtetag stellt in seinem Positionspapier „Sicherheit und Ordnung in der Stadt" darüber hinaus fest: „Mangelnde Integration und Perspektivlosigkeit sind ein idealer Nährboden für ein Abgleiten von Menschen in Kriminalität und Extremismus" (Deutscher Städtetag 2017: 6). Nicht erst seit der starken Fluchtzuwanderung 2015/16, sondern bereits seit der EU-Osterweiterung hätten sich entsprechende Problemlagen verschärft. Dies betreffe besonders bereits belastete, sozialräumlich vernachlässigte Stadtgebiete (Deutscher Städtetag 2017). Solche Entwicklungen müssen verstanden werden als eine Herausforderung für das gelingende Zusammenleben und die Lebensqualität der Stadtbewohner*innen. Denn Kriminalität, die Beeinträchtigung des Sicherheitsempfindens sowie Konflikte in und um öffentliche Räume können zu Aneignungs-, Verdrängungs- und Vermeidungsdynamiken führen, die die Nutzung öffentlicher Räume für bestimmte Personen und Gruppen erschweren. Solche Einschränkungen und Verunsicherungen gilt es, idealerweise soweit zu vermeiden, dass die Lebensqualität für möglichst alle Stadtbewohner*innen erhalten bleibt. In zunehmend vielfältigen Stadtgesellschaften müssen, neben anderen institu-

tionellen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, gerade auch Kommunen lokale Konflikte moderieren und zwischen den unterschiedlichen Raum-, Nutzungs- und Sicherheitsbedürfnissen ihrer Bewohner*innen vermitteln.

Eine besondere Rolle nimmt in diesem Zusammenhang die Quartiersebene ein. Quartiere sind Begegnungszonen, in denen verschiedene soziale Gruppen aufeinandertreffen und miteinander interagieren. Hier werden Konflikte erfahren und ausgetragen und Fragen von Identität, Zugehörigkeit und Zusammenleben verhandelt. Damit und als primäre lebensweltliche Orte der Stadtbewohner*innen stellen sie wichtige Aktions- und Interventionsräume für Akteur*innen aus der kommunalen Verwaltung, Gemeinwesenarbeit und Zivilgesellschaft dar. Denn hier lassen sich Maßnahmen, Netzwerke und Kooperationen gemeinsam mit den Bewohner*innen und in deren Lebenswelt entwickeln und umsetzen, um Quartiere so zu gestalten, dass ein sicheres und nachbarschaftliches Zusammenleben in Vielfalt gefördert wird. In dieser Arbeit für mehr Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt berühren sich verschiedene Aufgabenfelder, Fachbereiche und Ämter der kommunalen Verwaltung: Stadtplanung und -entwicklung, Sicherheit und Ordnung, Integration, Jugend und Soziales sowie Wohnen. Denn gerade integrierte und strategische Konzepte zur Stärkung des Sicherheitsempfindens und zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts erscheinen vor dem Hintergrund der Vielfalt der Aufgaben und der Vielzahl der damit befassten Akteur*innen erfolgversprechend. Vor dem Hintergrund wachsender städtischer Vielfalt ist es zudem zunehmend wichtig, diese gesellschaftliche Diversität in die Planung von Sicherheitsstrategien einzubeziehen, um die verschiedenen Sicherheitsbedürfnisse der Bewohnerschaft zu integrieren und um Konflikten und Verunsicherungen im öffentlichen Raum von Stadtquartieren vorzubeugen.

Diese Veröffentlichung ist das Ergebnis der Arbeit im Forschungsprojekt „DIVERCITY – Sicherheit und Vielfalt im Quartier“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Gemeinsam mit dem LKA Niedersachsen und dem Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen/Bremen erarbeitet das Difu im Rahmen des Projekts diversitätsorientierte Sicherheitsstrategien. Diese sollen dazu dienen, ein sicheres Wohnumfeld und das nachbarschaftliche Miteinander in Stadtquartieren zu stärken, die sich durch eine besondere gesellschaftliche Vielfalt auszeichnen. Unter diversitätsorientierten Sicherheitsstrategien verstehen wir Vorgehensweisen, die die Unterschiedlichkeiten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und ihr Recht auf Stadt anerkennen. Folglich gilt es, die verschiedenen Nutzungsansprüche, Raumanforderungen und Werthaltungen sowie Sicherheitswahrnehmungen und -bedürfnisse zu erkennen, ohne deren Legitimität zu hierarchisieren. Vielmehr müssen, wo sicherheitsrelevante Entwicklungen und Konflikte in den Kommunen auftreten, die lokalen Konflikt- und Problemkonstellationen offen analysiert werden, um Lösungen gemeinsam mit den beteiligten Gruppen herbeizuführen und so die Lebensqualität in den Quartieren zu erhalten und zu verbessern. Ohne die Herausforderungen, die mit einer zunehmend diversen Stadtgesellschaft auch für die Sicherheit verbunden sind (Floeting 2018), zu negieren, geht es also nicht darum, Diversität als Bedrohung für die Sicherheit zu sehen, sondern als Ressource für die Schaffung und Erhaltung sicherer Städte. Solche aushandlungsorientierten Problemlösungsprozesse müssen allerdings spätestens dann an ihre Grenzen stoßen, wenn geltendes Recht oder unverhandelbare gesellschaftliche Grundwerte verletzt werden.

Im Folgenden stellen wir die Zusammenhänge zwischen städtischer Vielfalt, urbaner Sicherheit und dem nachbarschaftlichen Miteinander in Stadtquartieren dar und loten die Handlungsmöglichkeiten kommunaler Akteur*innen aus, diversitätsorientierte Sicherheitsstrategien zu entwickeln und umzuset-

zen. In Kapitel 2 umreißen wir dazu einige zentrale gesellschaftliche Diversifizierungsdynamiken, wie sie zuletzt zu beobachten waren, und beleuchten deren Folgen für Stadtgesellschaften. Der Fokus liegt hierbei auf Diversifizierung durch Migration. Das ist einerseits darin begründet, dass der Begriff der Diversität hier seinen diskursiven Ausgangs- und Schwerpunkt hat, und andererseits darin, dass dieser Themenbereich in den vergangenen Jahren die öffentliche Debatte um gesellschaftliche Vielfalt dominiert hat. Wir stellen aktuelle Trends der Ausdifferenzierung von Stadtgesellschaften vor und führen zentrale Begriffe ein, die dem Verständnis dieser Prozesse dienen. In Kapitel 3 diskutieren wir die Zusammenhänge zwischen städtischer Diversität und urbaner Sicherheit, bevor wir deren Bedeutung für die kommunale Praxis in Kapitel 4 darstellen. Abschließend widmen wir uns in Kapitel 5 einigen Beispielen aus der kommunalen Praxis, die das breite Spektrum kommunaler Aktivitäten und Handlungsansätze aufzeigen, das bei der Stärkung von Sicherheit und Lebensqualität in Quartieren mit besonderer gesellschaftlicher Vielfalt zu finden ist.

2. Städtische Vielfalt als Super-Diversity

Spätestens im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs seit den 1950er-Jahren hat der Fordismus prägenden Einfluss auf die Stadtentwicklung und Lebensweise in den Städten genommen und zeigt sich dort durch das Bestreben, soziale und kulturelle Unterschiede zu nivellieren und so eine tendenzielle Homogenisierung von Stadtgesellschaft und Stadtraum herzustellen (Häußermann et al. 2008). Seit längerem zeichnen Städte sich jedoch vermehrt durch eine zunehmende Ausdifferenzierung und Polarisierung ihrer Sozialstruktur aus, die neue Formen sozialer Inklusion und Exklusion bedingen. Ursächlich hierfür sind unter anderem die wachsende Globalisierung von Städten und Städtenetzwerken, die Verschiebung der ökonomischen Grundlagen zahlreicher westlicher Stadtgesellschaften vom Sekundär- zum Tertiär- und Quartärsektor sowie die Hegemonie neoliberaler Sozial- und Stadtpolitiken (Häußermann et al. 2004). Diese Verschiebungen haben im Verbund mit verstärkten Individualisierungstendenzen sowie sozialen und kulturellen Innovationen zu einer zunehmenden Ausdifferenzierung von Lebensstilen, Alltagskulturen und soziokulturellen Milieus geführt (Beck 1983, Reckwitz 2018). Diese Zunahme gesellschaftlicher Bruchlinien deutet auf Prozesse der sozialen Desintegration hin, die in der nun als postfordistisch oder postmodern zu bezeichnenden Stadt sichtbar und erfahrbar werden (Häußermann/Siebel 1987, Kaschuba 2017, Ronneberger et al. 1999, Soja 1995). So kommt es beispielsweise zu Konflikten um Teilhabe, Ressourcen und Raum. Einen weiteren zentralen Aspekt der wachsenden Ausdifferenzierung von Stadtgesellschaften stellt die Dynamik internationaler Migration dar. Siebel (2017: 7) stellt fest: „Städte entstehen wachsen und erhalten sich durch Zuwanderung. Ohne Migration gäbe es keine Städte." Die Eingebundenheit von Städten in (zunehmend globale) Migrationsprozesse ist somit konstitutiver Faktor für die Verfasstheit und Entwicklung von Stadtgesellschaften. Die Zunahme ethnisch-kultureller Vielfalt in Städten bietet enorme Potenziale; sie birgt aber auch Reibungspunkte, Konfliktlinien und Verunsicherungen für von Stadtgesellschaften. Es ist diese Ambivalenz von städtischer Diversität, die sie zu einem komplexen Handlungsfeld kommunaler Praxis macht.

2.1 Die postmoderne Stadt als Stadt der Super-Diversity

Migrationsbewegungen wandeln sich fortwährend und prägen Stadtgesellschaften langfristig, wie ein kurzer Blick auf die Nachkriegsmigration nach Deutschland zeigt.

Nachdem die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem durch die Fluchtmigration von Deutschen aus Osteuropa geprägt waren, setzte ab Mitte der 1950er-Jahre die Arbeitsmigration aus Südeuropa und Nordafrika in die BRD ein, die durch Anwerbeabkommen mit Staaten wie Italien, Spanien, Griechenland, Türkei und Tunesien ausgelöst wurde. Bis 1973 kamen so ca. 14 Mio. Arbeitsmigrant*innen aus den Anwerbestaaten in die Bundesrepublik. Dann beendete die Bundesrepublik aufgrund eines abnehmenden Wirtschaftswachstums und steigender Arbeitslosenzahlen alle Anwerbeprogramme (bpb 2017). Zu diesem Zeitpunkt lebten ca. vier Mio. Ausländer*innen in Deutschland. Ein Großteil von ihnen war für einfache Tätigkeiten in der Industrie angeworben worden. So lebten sie in der Regel in den industriellen Zentren, nicht selten auf dem Werksgelände ihrer Arbeitgeber*innen, und hatten kaum Kontakt zur einheimischen Bevölkerung. Maßnahmen zur sozialen Integration der Arbeitskräfte gab es zu dieser Zeit nicht. Die Arbeitskräfte waren als „Gastarbeiter*innen" angeworben worden, die wieder gehen sollten. So gingen die politisch Verantwortlichen davon aus, dass die Arbeitsmigrant*innen bei einer Verschlechterung der Arbeitsmarktlage verstärkt in ihre Heimatländer zurückkehren würden (Heinrich Böll Stiftung 2012, Gans/Schloemer 2014, Krummacher 2017).

Auch die DDR schloss Anwerbeabkommen, um ihren erhöhten Bedarf an Arbeitskräften zu decken, der durch die massive Auswanderung nach Westdeutschland noch verschärft wurde. Die sogenannten Vertragsarbeiter*innen wurden in anderen sozialistischen Staaten angeworben. Dazu gehörten unter anderem Ungarn, Polen, Algerien, Angola, Mozambique, Vietnam und Kuba. Die Arbeiter*innen wurden in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und erhielten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse nur für zwei bis vier Jahre. Kontakte zur einheimischen Bevölkerung bestanden kaum. Die Zahl der Migrant*innen in der DDR blieb aber weit hinter den Einwanderungszahlen in Westdeutschland zurück (bpb 2017, Gans/Schloemer 2014).

In Westdeutschland hingegen erhöhte sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Migrant*innen spätestens mit dem zunehmenden Familiennachzug seit den 1970er-Jahren. Damit wurde auch die Frage der Integration virulent (Krummacher 2017, Gans/Schlömer 2014). In den Kommunen drängten die Zuwanderer*innen nun verstärkt auf den Wohnungsmarkt sowie in die Schulen. Aufgrund ihrer oftmals schwierigen sozio-ökonomischen Lage bezogen sie häufig unsanierte Altbaubestände in den Innenstädten und nahe der Werksgelände, die von der deutschen Bevölkerung im Zuge der Suburbanisierung verlassen worden waren. Es bildete sich folglich eine sozio-ethnische Segregation der Wohnbevölkerung aus (Heinrich Böll Stiftung 2012, Gans/Schloemer 2014).

Mitte der 1980er-Jahre setzte dann eine weitere Diversifizierung der Migration nach Deutschland ein. Neben Migrationsbewegungen im Zuge der Arbeitsmigration spielte nun Fluchtmigration eine wachsende Rolle. Dabei hing die ethnisch-nationale Zusammensetzung der Asylsuchenden von den wechselnden weltweiten Krisen und politischen Entwicklungen ab. Nennenswerte Einwanderungsbewegungen gab es in diesem Zusammenhang beispielsweise aus der Türkei, dem Libanon und dem Iran. Mit dem Zu-

sammenbruch der Sowjetunion und dem Fall des Eisernen Vorhangs war zudem eine starke Zuwanderung aus den ehemaligen Ostblockstaaten zu verzeichnen. Auch der Jugoslawien- und der Kosovokrieg in den 1990ern- bzw. frühen 2000er-Jahren haben zahlreiche Menschen nach Deutschland geführt (Gans/Schloemer 2014).

Mit der schrittweisen Erweiterung der EU und der Ausweitung der Freizügigkeitsrechte ihrer Bürger*innen hat die Diversifizierung der Migrationsströme, in die Deutschland eingebunden ist, weiter zugenommen. Aus dem europäischen Ausland gab es zuletzt vor allem starke Zuzüge aus Osteuropa. Zwischen 2010 und 2015 ist dabei ein starker relativer Anstieg der Migration aus den EU-8-Staaten Polen und Ungarn sowie aus den EU-2-Staaten Rumänien und Bulgarien sowie aus Kroatien und den GIPS-Staaten (Griechenland, Italien, Portugal und Spanien) zu beobachten (BAMF 2017c). Auch die erhöhte Mobilität von Fachkräften und Studierenden weltweit hat zu einer wachsenden Differenzierung von globalen Migrationsbewegungen geführt, die zahlreiche Personen nach Deutschland geführt haben, um hier eine Erwerbstätigkeit oder ein Studium aufzunehmen (BAMF 2017c, Gans/Schloemer 2014, DAAD 2017).

Zuletzt hat die jüngste Fluchtmigration die Migrationsdebatte, -politik sowie -praxis und nicht zuletzt auch Sicherheitsdebatten in Deutschland bestimmt. Nach einem kontinuierlichen Anstieg der Asylbewerber*innenzahlen in Deutschland zwischen 2008 (22.085 Asylerstanträge) und 2014 (173.072) kam es in den Jahren 2015 und 2016 zu einer starken Zunahme der Zahl der Geflüchteten mit 441.899 bzw. 722.370 Erstanträgen auf Asyl. Für 2017 wurden noch 198.317 Anträge gezählt (BAMF 2018). Der größte Anteil der Anträge wurde von syrischen, gefolgt von afghanischen und irakischen Geflüchteten gestellt (BAMF 2018, 2017a).

Die sich wandelnden Dynamiken der Ein- und Auswanderung haben dazu beigetragen, dass Deutschland heute ein Einwanderungsland ist, das sich durch eine große gesellschaftliche Vielfalt auszeichnet. In den Städten und Ballungsgebieten des Landes wird diese Entwicklung besonders deutlich. Ende 2016 lebten in Deutschland ca. 9,6 Mio. Menschen mit ausländischem Pass und insgesamt ca. 18,6 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund. Das entspricht 11,7 % bzw. 22,6 % der Gesamtbevölkerung. Etwa zwei Drittel der Personen mit Migrationshintergrund sind im Ausland geboren. Die größten Einwanderergruppen stellen mit 3,4 %, 2,3 % und 1,5 % der Gesamtbevölkerung die türkischen, polnischen und russischen Communities dar. Dabei ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland mit 6,4 % deutlich geringer als in Westdeutschland, wo ihr Anteil 25,5 % beträgt (Destatis 2017). Insbesondere in westdeutschen Agglomerationen stellen Menschen mit Migrationshintergrund bereits einen großen Teil der Bevölkerung, so im Rhein-Ruhr-Gebiet, Rhein-Neckar-Raum und im Rhein-Main-Gebiet, wo ihr Anteil über 30 % an der Bevölkerung beträgt (Destatis 2017). In Städten wie München (43,1 %), Stuttgart (44 %), Frankfurt (51,2 %) oder Mannheim (44,4 %) liegt dieser Anteil teils deutlich über 40 %. Dabei gilt die Faustformel, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund mit der Stadtgröße zunimmt. So lag 2016 der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohner*innen bei 8,2 %, in Gemeinden mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohner*innen bei 25,6 % und in Gemeinden mit 500.000 oder mehr Einwohner*innen bei 31,5 %. Insbesondere in den großen Metropolen nimmt gesellschaftliche Vielfalt zudem häufig entlang mehrerer Achsen zu. Dazu gehören neben ethnischer Diversität z.B. sozio-ökonomische Diversität, kulturelle und lebensstilistische Diversität. Doch der Trend hin zu einer super-diversen Gesellschaft beschränkt sich nicht auf Metropolen. Mit Blick auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund führt beispielsweise Offen-

bach die Statistik mit 60,7 % an. Schaut man auf diese Quote bei Kindern im Vorschulalter, so nehmen diese Werte in den Kommunen regelmäßig signifikant zu. So liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der deutschen Bevölkerung bei 22,6 %, während er in der Kohorte der unter 5-Jährigen bereits bei 38,1 % liegt (Destatis 2017). Zudem ist weiterhin mit einem positiven Migrationssaldo in Deutschland zu rechnen, und Städte werden weiterhin das primäre Ziel für Zuwanderung bleiben. Städtische Vielfalt wird also nicht nur in Metropolen zunehmen, wenn hier auch von einer besonders dynamischen Entwicklung auszugehen ist.

Dieser kurze Blick auf die Migration in Nachkriegsdeutschland zeigt, dass die Gruppe der Zuwander*innen keineswegs als homogener Block betrachtet werden kann. Vielmehr handelt es sich um eine höchst vielfältige Gruppe, deren Zusammensetzung entlang ihrer demografischen, ethnischen, sozialen und kulturellen Eigenschaften und Identitäten sowie aufgrund ihrer Herkunftsorte, Migrationsmotive und Bleibeziele stark ausdifferenziert ist. Zudem handelt es sich bei der eingewanderten Bevölkerung nicht um eine statische Gruppe, deren Mitglieder von ihrer jeweiligen Herkunft determiniert werden. Vielmehr unterliegen migrantische Communities vielfältigen ökonomischen, sozialen, kulturellen, politischen und rechtlichen Transformations- und Differenzierungsprozessen. So haben sich in diesen Communities zahlreiche vielfach gebrochene und hybride Identitäten sowie Alltagskulturen, Milieus und Lebensstile ausgebildet (Georgi 2015, Schnur et al. 2013, Terkessidis 2008, Vertovec 2007). Da Städte die primären Ankunfts- und Bleibeorte von Zuwander*innen sind, steht die Entwicklung von Stadtgesellschaften in einem engen Zusammenhang mit diesen Dynamiken. Denn hier treffen die verschiedenen Lebensstile, sozialen Gruppen und ethnisch-kulturellen Gemeinschaften aufeinander, treten in Kommunikation und Austausch und verhandeln Konflikte und Identitäten.

Es wird deutlich, dass die ökonomischen Transformationen, sozialer und kultureller Wandel und sich diversifizierende Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte die Vielfalt der modernen Stadt zu einer postmodernen Vielfalt gesteigert haben. Vertovec (2007) spricht in diesem Zusammenhang von Super-Diversity als Diversifizierung von Diversität. Dabei bezeichnet der Begriff der Super-Diversity nicht nur die Zunahme der Ethnien oder Herkünfte, die in einer Gesellschaft vorzufinden sind, sondern eine Zunahme der Dimensionen, die die Identitäten, Lebensweisen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Leben stattfindet, gestalten. Dazu gehören Ethnie, Herkunft, Aufenthaltsstatus, Migrationsgründe, Bleibemotive und -ziele, Alter, Geschlecht und geschlechtliche Identität, sexuelle Orientierung, soziale Klasse und Milieu, Bildungsstatus, politische Orientierung oder körperliche Fähigkeiten. Diese Liste ist grundsätzlich erweiterbar, da die Variablen, die die Gestaltung von Identität und Leben prägen, sich in ihrer Wirkmächtigkeit wandeln. Ein zentraler Aspekt von Super-Diversity betont in diesem Zusammenhang, dass nicht die Masse der genannten Dimensionen ausschlaggebend ist. Vielmehr bedingt der politische und gesellschaftliche Umgang mit sowie das Zusammenspiel von verschiedenen Aspekten und Dynamiken von Diversität, welche Dimensionen in konkreten Zusammenhängen relevant werden und Prozesse der Inklusion und Exklusion bedingen.

Auch Georgi (2015: 25) verweist darauf, dass ethnisch-kulturelle Identitäten, die ihrerseits vielfältig gebrochen und komplex sein können, lediglich ein Teilaspekt „multidimensionaler Diversität“ sind. Genauso versteht Foroutan (2018) Vielfalt postmigrantisch, wenn sie sagt, dass „Deutschland nicht aus den Gruppen ‚Migrant*innen‘ und ‚Nichtmigrant*innen‘ besteht, sondern aus vielen aufeinander aufbauenden, nebeneinander herlaufenden oder sich gegeneinander positionierenden Gruppen und Personen“. Diese

komplexe Vielfalt, wie wir ihr auch in der postmodernen Stadt begegnen, beinhaltet, dass die Vermittlung des Aufeinandertreffens von Personen und Gruppen mit widersprüchlichen und konfligierenden Werthaltungen, Raumanforderungen, Lebensstilen und politischen Interessen komplexer geworden ist. „Migrationsgesellschaften befinden sich auf kultureller und politischer Ebene in einem ständigen Aushandlungsprozess über die Re- bzw. Neuformulierung des gesellschaftlichen Konsenses bzgl. grundlegender Werte und Orientierungen“ (Georgi 2015: 26). Konzepte wie Diversity oder Super-Diversity erkennen folglich mögliche Konflikte, Auseinandersetzungen und Verunsicherungen bzgl. gesellschaftlicher Realitäten und Normalitäten an, wie sie durch das Aufeinandertreffen divergierender Lebenswelten entstehen können. Dabei gehen sie davon aus, dass es Aushandlungsprozesse zwischen den verschiedenen Perspektiven, Interessen und Erfahrungswelten braucht, die deren Verschiedenheit anerkennen, ohne sie zu hierarchisieren, um die Potenziale gesellschaftlicher Vielfalt verwirklichen zu können. Denn Verschiedenheit wird als Ressource verstanden, die die Innovationskraft und Resilienz von Stadtgesellschaften steigern sowie das Zusammenleben in Städten bereichern kann.

Demnach müssen gesellschaftliche Aushandlungsprozesse ausdrücklich nicht in Assimilationsprozessen münden, in denen Minderheitenidentitäten in einer ihrerseits uneindeutigen Mehrheitsgesellschaft aufgehen oder in denen verschiedene Identitäten zu einer neuartigen hegemonialen Kultur verschmelzen. Vielmehr nehmen Ansätze der Super-Diversität die Ko-Existenz und Hybridisierung verschiedener Kulturen, Lebensstile und Identitäten in wechselseitigen Lern-, Anpassungs- und Durchdringungsprozessen und damit eine weitere Vervielfachung ethnisch-kultureller Identitäten und lebensstilistischer Alltagswelten an. Diese Vielfalt wird dann als Bereicherung und wichtige Ressource von Stadtgesellschaften verstanden (Schnur et al. 2013, Terkessidis 2008, Vormann 2015). Die Herausbildung super-diverser Städte stellt aus dieser Perspektive also eine ambivalente Entwicklung dar, bei der Chancen und Herausforderungen für Kommunen sich gegenseitig bedingen, wie wir im folgenden Unterkapitel ausführen werden. Dabei muss klar sein, dass die Aushandlung von Werten und Normen des Zusammenlebens auf der Grundlage der geltenden Rechtsordnung und der demokratischen Grundwerte freiheitlicher Gesellschaften stattfinden muss, die nicht zur Verhandlung stehen. Dazu gehören Rechtsstaatlichkeit, die Würde der*des Einzelnen, individuelle Selbstbestimmung und persönliche Entfaltung sowie Gleichberechtigung und die Gleichwertigkeit einer*eines jeden.

2.2 Super-Diversity als Chance und Herausforderung für Kommunen

Kommunen erkennen angesichts der Realität und Normalität super-diverser Stadtgesellschaften bereits seit längerer Zeit die Potenziale städtischer Vielfalt und verschieben ihre integrationspolitischen Anstrengungen vermehrt von defizit- und assimilationsorientierten Ansätzen hin zu pragmatisch-diversitätsorientierten Konzepten, um die Potenziale migrantischer Gemeinschaften zu erschließen (vgl. z.B. in Bezug auf die Stadtquartiersentwicklung Floeting et al. 2005 oder auf die Wirtschaftstätigkeit von Migranten Floeting 2008). Im Zuge dieser Entwicklung ist der Begriff der Diversität laut Vormann (2015: 120) zu einem Trendkonzept städtischer Selbstbeschreibungen und Entwicklungsstrategien geworden, ganz so wie etwa Nachhaltigkeit, Resilienz oder Lebensqualität.

Diese Verschiebung im Umgang mit Vielfalt beinhaltet unter anderem Versuche, kommunale Verwaltungen interkulturell zu öffnen. Verwaltungen sollen dazu in die Lage versetzt werden, möglichst vielen migrantischen Gruppen inklusiv begegnen zu können und sie mit interkulturell geschultem Personal und interkulturell sensiblen Instrumenten und Prozessen im Rahmen der Regeldienste der Kommunen bedienen zu können. Paralleldienste und Sondermaßnahmen dagegen sollen sich auf Neuzugewanderte und besonders vulnerable Gruppen beschränken (Gebhardt 2013). Die kommunale Realität ist hier allerdings ihrerseits vielfältig und keineswegs eindeutig. So ist die Frage, wie sich die Anerkennung von Vielfalt in kommunale Praxis umsetzt, nicht klar zu beantworten. Zudem gibt es teilweise deutliche Diskrepanzen zwischen integrationspolitischen Konzepten, die sich mit Fragen von Diversity befassen, und der kommunalen Integrationspraxis (BMVBS 2012, Gruber 2017, Krummacher 2017).

Festzustellen ist jedoch, dass Kommunen zunehmend insbesondere die wirtschaftliche Bedeutung von Einwanderer-Communities erkennen. Der Fokus kommunaler Praxis liegt hier noch auf der Förderung ethnischer Ökonomien. Darüber hinaus werden Migrant*innen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels aber auch verstärkt als Ressource auf dem Arbeitsmarkt entdeckt, insbesondere da, wo die Nachfrage nach Fachkräften kaum noch gedeckt werden kann. Hier rücken Migrant*innen stärker in den Fokus von Rekrutierungs-, Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Zudem wird Inter- oder Transkulturalität vermehrt als wichtige Eigenschaft auf globalen Märkten gesehen. Denn interkulturelle Fähigkeiten sowie transnationale Kontakte sind hier zunehmend gefragt. Diversität gilt vielen auch als Treiber für ökonomische, kulturelle und soziale Innovationen, da sie auch eine größere Perspektivenvielfalt sowie eine wachsende Vielfalt an kollektiven und individuellen Erfahrungs- und Wissensschätzen mit sich bringt. Auch deshalb werden städtische Vielfalt und eine kosmopolitische Urbanität von Kommunen als wichtige Standortfaktoren verstanden, wenn es darum geht, um internationale Unternehmen, Arbeitskräfte und Studierende zu werben (Bertelsmann Stiftung 2018, BMVBS 2012, Eckardt/Merkel 2010). Aus Perspektive der Kommunen ist Diversität demnach nicht nur Normalität und Selbstwert; sie ist vielmehr auch mit wirtschaftlichen Entwicklungspotenzialen verknüpft, deren Entfaltung positiv auf die Sozialstruktur und das Zusammenleben in der Stadt wirken.

Doch Vielfalt wird nicht nur als ökonomische Ressource erkannt. Vermehrt wird beispielsweise auch die zentrale Rolle migrantischer Vereine und Organisationen in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen und für den sozialen Zusammenhalt von Stadtgesellschaften verstanden und gefördert. Zudem werden Versuche unternommen, sie verstärkt in politische Prozesse einzubinden, um ganzheitliche Lösungen für lokale Herausforderungen zu entwickeln, indem umfassendere Perspektiven in Problemlösungsprozesse einbezogen werden (BMVBS 2012). Vertovec (2007) weist aber darauf hin, dass die Förderung politischer Teilhabe in super-diversen Gesellschaften erschwert wird, da das Feld möglicher Adressat*innen zunehmend zersplittert. Damit wird die Entwicklung inkludierender Maßnahmen der Aktivierung und Beteiligung komplexer.

Diversität kann sich nicht zuletzt auch positiv auf die urbane Sicherheit auswirken, wie beispielsweise im sozialökologischen Resilienzdiskurs argumentiert wird. Denn „[j]e größer die Diversität eines sozialökologischen Systems, das heißt, je vielfältiger seine Elemente, Prozesse und Strukturen, über desto mehr Optionen verfügt es und desto größer ist seine Fähigkeit, Schockereignisse und schleichende Katastrophen zu überstehen“ (Bröckling 2017: 11). Diese Sichtweise lässt sich auch auf die vielfältige Beteiligung von kommunalen Akteur*innen bei der Erarbeitung von Sicherheits- bzw. Prob-

lemlösungskonzepten für Konflikte im öffentlichen Raum und im Umgang mit Vielfalt übertragen, wie sie weiter unten aufgezeigt werden (siehe Kapitel 4.1 und Kapitel 5). So kann die Einbeziehung und Vernetzung von möglichst vielfältigen kommunalen Akteur*innen in die Entwicklung von Strategien zur Förderung der (subjektiven) Sicherheit in öffentlichen Räumen und Nachbarschaften die Erarbeitung und Umsetzung von ganzheitlichen und nachhaltigen Maßnahmen besonders unterstützen.

Die Betonung von Vielfalt und Differenz als Stärke steht in Kontrast zu traditionellen Ansätzen der Integrationspolitik, die tendenziell defizitorientiert agieren und eine Nivellierung von Unterschieden zwischen verschiedenen ethnisch-kulturellen Gruppen mit Orientierung an einer Mehrheitsgesellschaft in einem Assimilationsprozess anstreben. Diversitätsorientierte Ansätze gehen dagegen davon aus, dass die Fragen, wie die Mehrheitsgesellschaft eigentlich beschaffen ist und was sie auszeichnet, in super-diversen Gesellschaften zunehmend schwerer zu beantworten sind, und dass Unterschiede zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen eher fruchtbar zu machen seien, anstatt sie einzuebnen (Schnur et al. 2013, Georgi 2015).

Doch kulturelle Vielfalt führt nicht zwingend zu gelingender Urbanität. So hält Vormann (2015) fest, dass die Qualität von Diversität als Gut von weiteren Faktoren wie Gleichheit, Gerechtigkeit und sozialer Mobilität abhängt, die in Zusammenhang stehen mit Inklusions- und Exklusionsdynamiken, die die konkrete gesellschaftliche Verfasstheit und Wirkung von Diversität bedingen. Die Gestaltung super-diverser Stadtgesellschaften kann also nicht gelingen, wenn sie lediglich als Vermittlung interkultureller Konflikte wahrgenommen wird. Vielmehr ist gelingende Vielfalt gebunden an die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen an den zentralen gesellschaftlichen Teilsystemen wie Arbeit, Wohnen, Politik, Bildung und Gesundheit sowie an den Zugang zu sozialen Sicherungssystemen. Die Kommunen sind zentrale Orte und Akteure einer solchen als Teilhabe verstandenen Integration, die letztendlich auch positive Wirkungen auf die Sicherheit in den Städten und Gemeinden hat..

„[...] [E]s sind der regionale Arbeitsmarkt, das örtliche Bildungssystem, die konkrete Nachbarschaft und die lokale Politik, in denen strukturelle Prozesse und individuelle Verhaltensweisen in Wechselwirkung treten. Und in der Überlagerung und Wechselwirkung objektiver und subjektiver Faktoren in den Räumen eines Stadtteils, einer Stadt oder einer Region formen sich Karrieren der Integration oder der Ausgrenzung. Zugleich entscheidet sich mit der gelungenen oder mißlungenen [!] Integration das Schicksal der Städte“ (Häußermann et al. 2008: 313-314).

Zwar agieren Kommunen hier innerhalb der rechtlichen Rahmensetzung und häufig in finanzieller Abhängigkeit von Ländern, Bund und EU, trotzdem haben sie im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung entscheidende Handlungsspielräume, um Integration als einen Teilaspekt von Diversität zu gestalten. Darüber hinaus verfügen sie über jahrzehntelange Erfahrungen mit Strukturen und Prozessen in der Integrationspraxis. Nichtsdestotrotz ist Integration kein Selbstläufer. Sie verlangt ständige Bemühungen und muss vor dem Hintergrund von zunehmender Migration, gesellschaftlicher Differenzierung und Desintegrationsprozessen immer wieder von neuem geleistet werden (Häußermann et al. 2008). Dabei stellt Integration eine kommunale Querschnittsaufgabe dar, die zahlreiche Handlungsfelder und Akteursgruppen umfasst. Denn Integration setzt sich aus vier Teilaspekten zusammen (Reimann 2008):

- strukturelle oder systemische Integration in den Arbeits- und Wohnungsmarkt, das Bildungssystem und soziale Sicherungssysteme,

- politisch-rechtliche Integration bezüglich aufenthaltsrechtlichem Status bzw. Einbürgerung, Partizipation oder Wahlrecht,
- kulturelle oder identifikatorische Integration etwa hinsichtlich Sprache, Werten, Einstellungen und Lebensstilen und deren Vereinbarkeit mit einem gesellschaftlichen Konsens, der insbesondere in diversen Gesellschaften jedoch tendenziell unklar sein kann und permanenten Aushandlungsprozessen unterliegt, sowie schließlich
- soziale Integration bezogen auf persönliche Netzwerke und Beziehungen.

Schon lange weisen sozio-ökonomische Indikatoren darauf hin, dass sich die Gruppe der Zuwander*innen hinsichtlich ihres Integrationsgrades pluralisiert (Bude 1998, Schuleri-Hartje et al. 2005). Einerseits nimmt der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund zu, die hinsichtlich der verschiedenen Integrationsdimensionen geradezu als assimiliert gelten können, andererseits verschärft sich bei anderen Migrantengruppen die gesellschaftliche Marginalisierung, wenn sie von der Teilhabe an mehreren Integrationsdimensionen ausgeschlossen sind. Diese Entwicklung manifestiert sich sozialräumlich als „strukturelle Segregation", die ihrerseits exkludierend wirken kann, wie weiter unten noch diskutiert wird (Häußermann & Siebel 2001). Darüber hinaus besteht das Phänomen, dass Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich einzelner Dimensionen hohe Integrationsgrade erzielen, aber bei anderen Dimensionen völlig ausgeschlossen bleiben oder bleiben wollen. So wird in der Unterscheidung zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Segregation deutlich, dass die räumliche Konzentration bestimmter ethnischer Gruppen nicht immer auf eine besonders eingeschränkte Wohnortwahl hinweist, die sich aus deren sozialer Lage oder durch Benachteiligungen auf dem Wohnungsmarkt ergibt. Segregation kann auch durch freiwillige Entscheidungen zustande kommen, wenn bestimmte Gruppen beispielsweise aufgrund einer gegebenen ethnischen Infrastruktur, einer gewünschten lebensweltlichen Nähe oder bestehender sozialer oder verwandtschaftlicher Beziehungen vermehrt in bestimmte Quartiere ziehen (Farwick 2012, Häußermann/Siebel 2004). Diese Pluralisierung von Integrationsprozessen ist auch Ausdruck und Resultat der Vielfalt (post-)migrantischer Lebenswelten die Teil urbaner Diversität sind.

Mangelnde Integration kann nicht zuletzt auch die Sicherheitslage in Städten bzw. das Sicherheitsgefühl der Menschen vor Ort herausfordern. Denn ein fehlender Zugang zum Bildungssystem, zum Arbeits- oder Wohnungsmarkt sowie die fehlende Identifikation mit herrschenden Normen und Werten stellen Risikofaktoren für die Entstehung von abweichendem Verhalten und Kriminalität unter den betroffenen Personen und Gruppen dar (Bucerius 2016). Doch auch bei einer gelingenden Integration weiter Teile der Bevölkerung ist davon auszugehen, dass es zu gesellschaftlichen und lokalen Konflikten, Spannungen und Verunsicherungen zwischen verschiedenen Gruppen kommt. Denn das Konzept der (Super-)Diversity verweist auf eine fundamentale Unsicherheit, wie sie in zahlreichen Stadtgesellschaften anzutreffen ist. In super-diversen Gesellschaften schrumpft das geteilte normative Fundament. Zahlreiche divergierende und widersprüchliche Werthaltungen, Normen und Alltagspraxen können hier in sich wandelnden Konstellationen und Kontexten aufeinandertreffen und müssen in ihrer Legitimität immer wieder neu verhandelt werden. Diese konstitutive Prekarität des städtischen Zusammenlebens kann zu Verunsicherungen und Konflikten führen, deren Aushandlung sich mit wachsender gesellschaftlicher Vielfalt zunehmend aufwändiger gestaltet. Denn Diversität und Differenz können das Vertrauen zwischen verschiedenen sozialen, kulturellen und ethnischen Gruppen schwächen, sie können bedrohlich wirken und Verunsicherungen,

Identitäts- und Statusängste auslösen und sie können Konflikte um Ressourcen und Räume begünstigen – insbesondere da, wo ethnische Minderheiten öffentlichen Raum für sich beanspruchen und somit als fremd wahrgenommene Alltagskulturen und -praktiken in den Fokus der brüchig werdenden Mehrheitsgesellschaft geraten (Häußermann/Siebel 2001).

Kommunen kommen in diesem Zusammenhang wichtige Aufgaben bei der Vermittlung von Konflikten – und damit der Stärkung von Nachbarschaften – sowie in der Integrationsarbeit zu. Sie unterhalten Ordnungs- und Bürgerdienste zur Durchsetzung von Regeln und Normen. Sie beschäftigen, fördern und vernetzen Akteur*innen der Gemeinwesenarbeit zur Vermittlung von Konflikten und zur Stärkung sozialer Beziehung zwischen verschiedenen Personen und Gruppen in Stadtquartieren. Sie übernehmen Aufgaben der Integration im Bereich von Arbeitsmarkt und Bildung. Sie bieten Maßnahmen zur Qualifikation und zum Spracherwerb. Sie richten Bildungs- und Freizeitangebote aus. Sie gestalten Stadträume baulich und funktionell und bieten Foren der politischen Beteiligung. All diese Aufgaben werden mit wachsender Diversität komplexer, da sie vielfältigere Personenkreise und Bedarfe ermitteln, adressieren und einschließen müssen. So braucht es qualifiziertes und motiviertes Personal sowie Formate, Orte und Strukturen der Begegnung, des Austauschs und des Lernens. Gleichzeitig braucht es Kommunikations- und Kooperationsformate, die die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen den relevanten Akteur*innen innerhalb der kommunalen Verwaltungen ermöglichen. Denn Integration und Inklusion sind Querschnittsaufgaben, die sowohl lösungsorientiert auf aktuelle Problemlagen zugeschnitten als auch strategisch ausgerichtet werden müssen. Zudem sind interkommunale Austauschformate notwendig, um Lernprozesse anzustoßen und zu etablieren.

Vor dem Hintergrund prekärer kommunaler Haushalte sind diese Aufgaben teilweise kaum zu leisten. Die Finanzierung durch EU-, Bundes- oder Landesmittel sind oft projektbasiert und erlauben nur selten die Verstetigung von Strukturen und eine strategische Ausrichtung von Maßnahmen und Angeboten (Krummacher 2017, BMVBS 2012). Dennoch fordern der Umgang mit Diversität sowie Integrations- und Inklusionsanstrengungen fortlaufende Mühen und Kosten. Denn sie müssen immer wieder geleistet werden. Dabei bringen die verschiedenen Gruppen von Zuwandernden jeweils eigene Voraussetzungen mit und stellen jeweils eigene Anforderungen an die kommunale Praxis, beispielsweise hinsichtlich ihrer Sprache, Bildungsniveaus, demografischen Zusammensetzung, bestehender sozialer Netzwerke, Migrationsgründe sowie Bleibewünsche und -perspektiven.

Dementsprechend finden sich in super-diversen Stadtgesellschaften und Quartieren auch dynamische und tendenziell unabschließbare Konflikt- und Problemkonstellationen, insofern immer wieder verschiedene Gruppen mit ihren divergierenden Raumanforderungen, Nutzungsbedarfen und Alltagspraxen aufeinandertreffen. Der Umgang mit dieser Dynamik bedarf einer breiten Palette kommunaler Maßnahmen, um Konflikte zu verhindern oder zu gestalten. Diese reichen von der Durchsetzung von geltenden Regeln des Zusammenlebens durch repressive Ordnungsmaßnahmen über die räumliche Entzerrung konfligierender Interessen und Bedürfnisse durch baulich-gestalterische Maßnahmen bis zur Vermittlung bei Konflikten durch die Gemeinwesen- und Sozialarbeit. Doch nicht zuletzt müssen Konflikte in super-diversen Stadtgesellschaften akzeptiert und toleriert werden. Denn die Erfahrung von Differenz, Verunsicherung und Konflikt ist ein konstitutives Element urbanen Lebens, das durch kommunale Interventionen und Planung weder abgeschafft werden kann noch sollte. Schließlich sind gesellschaftliche Konflikte und Auseinandersetzungen, wie sie sich unter anderem im Stadtraum zutragen, auch Ausdruck einer gelingenden Teilhabe vielfälti-

ger Gruppen am öffentlichen Leben (El-Mafaalani 2018). Das führt auch zu einem vermehrten Aufeinandertreffen teils divergierender Lebenswelten und Alltagspraxen. Die daraus resultierenden Auseinandersetzungen lassen städtisches Leben manchmal auch als Zumutung erscheinen, die es auszuhalten gilt.

Es wurde also gezeigt, wie sich im Zuge sozio-ökonomischer, kultureller und politscher Transformationen sowie sich wandelnder und stetig diversifizierender Migration Städte schrittweise in Richtung super-diverser Stadtgesellschaften entwickeln. Dabei wurde deutlich, dass diesem Prozess eine Ambivalenz innewohnt, in der Normalität und Chance sowie Verunsicherung und Konflikt miteinander verbunden sind. Das folgende Kapitel diskutiert die Zusammenhänge und Dynamiken, die sich in dieser Ambivalenz in Bezug auf Fragen der urbanen Sicherheit in städtischen Nachbarschaften und öffentlichen Räumen entfalten. Denn sie bilden Alltagsräume und Kontaktzonen sowie zentrale Orte der Integration und Differenzerfahrung im urbanen Raum.

3. Städtische Vielfalt im Kontext von Sicherheit

Nicht erst seit der starken Zuwanderung im Jahr 2015, sondern bereits seit der EU-Osterweiterung wird Diversität in Städten auch unter dem Fokus der Sicherheit diskutiert. Das aktuelle Positionspapier „Sicherheit und Ordnung in der Stadt“ des Deutschen Städtetages sieht besonders bereits belastete, sozialräumlich vernachlässigte Stadtgebiete betroffen von auftretenden Fragen der städtischen Sicherheit im Zusammenhang mit Zuwanderung (Deutscher Städtetag 2017: 6). Aus kommunaler Perspektive von Sicherheit und Ordnung ging es dabei vor allem um eine notwendige bessere Kooperation mit Bund und Ländern bei den „Möglichkeiten des Zugriffs auf Schrottimmobilien, in denen oft unerträgliche Zustände herrschen, um die gezielte Bekämpfung krimineller Strukturen des Sozialleistungsmissbrauchs durch Schwerpunktaktionen und eine verbesserte Zusammenarbeit der beteiligten Behörden, um Maßnahmen gegen Scheinselbständigkeit und vieles andere mehr“ (Deutscher Städtetag 2017: 16). Die „Abwehr negativer Auswirkungen der Zuwanderung auf Sicherheit und Ordnung“ wird dementsprechend als „Bestandteil der allgemeinen Integrationsanstrengungen“ angesehen (Deutscher Städtetag 2017: 16).

In letzter Zeit werden Diversität und Sicherheit vor allem als Problemstellung im Zusammenhang mit den tatsächlichen oder vermeintlichen Folgen der jüngsten Zuwanderung nach Deutschland diskutiert. Zunächst stand die Diskussion um eine möglicherweise steigende Alltags- und Gewaltkriminalität im Vordergrund. Nach den terroristischen Gewalttaten im Jahr 2016 geriet immer stärker das Thema einer terroristischen Bedrohung und möglicher Folgen der Radikalisierung von Menschen in den Fokus der öffentlichen Diskussion. Neben Vermutungen und Gerüchten waren zunächst oft fehlende Informationen oder falsch interpretierte Statistiken Grundlage der Befürchtungen. Um Vorverurteilungen vorzubeugen und Gerüchten entgegenzuwirken, wie sich die Sicherheitslage in Deutschland durch eine verstärkte Zuwanderung verändert haben könnte und inwieweit Zuwander*innen in Kriminalität verwickelt sind, werden möglichst konkrete Aussagen zur Kriminalitätsentwicklung in diesem Bereich benötigt. Berichte über die Kriminalitätsentwicklung stützen sich meist auf die Daten der Polizeili-

chen Kriminalstatistik (PKS). Die PKS registriert jedoch nicht Täter*innen, sondern Taten und Tatverdächtige. Die Aussagekraft der PKS ist eingeschränkt durch Verschiebungen zwischen Hell- und Dunkelfeld der Kriminalität und aufgrund veränderten Anzeigeverhaltens oder veränderter Verfolgungsintensität. Zur Kriminalität im Kontext von Zuwanderung erstellt das Bundeskriminalamt seit 2016 ein Bundeslagebild (BKA 2016, 2017, 2018) Die Daten ermöglichen es nun, trotz statistischer Unschärfen und Abgrenzungsproblemen, differenziertere Aussagen zu unterschiedlichen Erscheinungsformen der Allgemeinkriminalität, der Kriminalität unter Zuwander*innen, registrierten Straftaten gegen Sammelunterkünfte, der Problematik der Übertragung von Konflikten aus den Herkunftsländern der Zuwander*innen, der Entwicklung von Strukturen der organisierten Kriminalität im Kontext der Zuwanderung und von Terrorrisiken (vgl. Floeting 2018). Gesellschaftliche Diversität geht aber – wie oben deutlich wurde – weit über das Thema Zuwanderung hinaus. Um die vielschichtigen Zusammenhänge und Dynamiken zwischen gesellschaftlicher Diversität und urbaner Sicherheit darzulegen und zu erläutern, ist zunächst eine Konkretisierung und Differenzierung des Begriffs der Sicherheit notwendig. Darauf aufbauend sollen im Folgenden die theoretischen wie empirischen Bezüge zwischen (Un-)Sicherheit und Vielfalt erörtert werden, bevor die Möglichkeit der Integration der beiden Konstrukte unter dem Konzept der Lebensqualität als verbindende Perspektive diskutiert wird.

3.1 Subjektive und objektive Sicherheit

Auffällig an der diskursiven Entwicklung von Sicherheit im öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskurs ist die enorme Konjunktur des Begriffs, deren Dynamik man sich aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven nähern kann. Während Beck einen Verlust von einstigen Gewissheiten und traditionalen Sicherheiten diagnostiziert, die unter anderem in Prozessen der Individualisierung münden (Beck 1986), erkennt Luhmann eine Erhöhung von Kontingenz und Komplexität durch Mechanismen funktionaler Differenzierung, woraus sich letzten Endes neuartige Risiken und Unsicherheiten ergeben (Luhmann 1987). Sicherheit wird auf diese Weise zu einem „Leitbild beherrschbarer Komplexität“ (Kaufmann 2003) in einer sich zunehmend entgrenzenden „Weltrisikogesellschaft“ (Beck 2007), in der Erwartungssicherheiten schwinden und damit die Kontrollierbarkeit als auch die Verantwortlichkeiten in Bezug auf neue Risiken immer poröser werden. Den sich aus diesen Entwicklungen erwachsenden Uneindeutigkeiten wird durch Strategien der Wahrscheinlichkeits- und Risikokalkulation begegnet, wodurch Wissen für einen gezielten Umgang mit Unsicherheit generiert werden soll (Ewald 1996, Foucault 2015). Im politischen Diskurs wird Unsicherheit zunehmend als Ressource gebraucht, um Versicherheitlichungsprozesse (Buzan et al. 1998) zu etablieren und zu stabilisieren, die ihrerseits die Legitimität politischen Handelns befördern sollen, indem Bedrohungen suggeriert werden, die besonderes Sicherheitshandeln notwendig erscheinen lassen. Eine wesentliche Paradoxie dieser Entwicklungen lässt sich darin erkennen, dass eine Verbesserung des Sicherheitsniveaus in neuerlichen Sicherheitsbedürfnissen resultiert, das Bedürfnis nach Sicherheit somit nie befriedigend gestillt werden kann (Kaufmann 1973). Zustände der Unsicherheit werden mit Erhöhung der Sicherheit somit tendenziell immer weniger toleriert.

Die angedeutete Perspektivenvielfalt auf das Phänomen der „Sicherheit“ deutet bereits darauf hin, dass es sich hierbei um kein einfach zu strukturierendes Phänomen handelt, sondern um ein multidimensionales Konstrukt. Sicherheit wird nicht selten ex negativo, also als Abwesenheit von Unsicher-

heit, umschrieben, was auch schon in der Bedeutung des ursprünglichen Begriffs der „securitas“, als Freiheit von Sorgen („se cure“), enthalten ist. Unter den möglichen Unsicherheitsausprägungen können Gefahren, Risiken und uncertainties voneinander unterschieden werden. Das Risiko lässt sich von der Gefahr dahingehend abgrenzen als ein Risiko eine Entscheidung impliziert, für die man Verantwortung übernehmen muss, während sich die Gefahr unabhängig vom eigenen Handeln konstituiert (Luhmann 1991). Der Übergang von der Gefahr zum Risiko resultiert auch aus gesellschaftlichen Entwicklungspfaden, wenn beispielweise im Zuge von Säkularisierungsprozessen eine Naturkatastrophe nicht mehr als Zorn Gottes interpretiert, sondern wissenschaftlich und systematisch, etwa im Rahmen einer umfassenden Risikoindikatorik, betrachtet wird. Die Konjunktur von Sicherheit, die sich ihrerseits unmittelbar aus einer Kultur des Risikos ableitet, ist somit kennzeichnend für den modernen Umgang mit Unsicherheit. Uncertainties können demgegenüber als Resultat von unerwarteten Interaktionen oder nicht intendierten Nebenfolgen gefasst werden. Damit entziehen sich uncertainties den Logiken der Risikokalkulation als Produkt aus Schaden und Eintrittswahrscheinlichkeit. Laut Stirling (2010) neigen Expert*innen allerdings dazu, uncertainties wie Risiken zu behandeln, indem trotz fehlenden Wissens Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe von im Prinzip nicht eindeutig quantifizierbaren uncertainties berechnet werden – was immer wieder zu strategisch ungünstigen Entscheidungen führt. Die Differenzierung zwischen den drei Formen der Unsicherheit ermöglicht letzten Endes eine strukturierte analytische Rahmung in der Beschäftigung mit dem Thema Sicherheit. Unsicherheiten können also begrifflich und konzeptionell besser differenziert werden als das eher abstrakte Phänomen der Sicherheit. Die Frage, um welche Form der Sicherheit es sich in einem bestimmten Kontext handelt, ist ohne Rekurs auf die entsprechende Unsicherheitsausprägung folglich nur schwer zu klären.

Für eine weitere Annäherung an das, was unter dem Label „Sicherheit“ zu verstehen ist, erscheint zudem eine Differenzierung des Begriffs angebracht, die zwischen einer subjektiven und objektiven Dimension unterscheidet. Generell lässt sich die subjektive Sicherheit als gefühlte Sicherheit verstehen. Typischerweise wird der Begriff im Zusammenhang mit Kriminalität verwendet. Allerdings geht die subjektive Sicherheit über den Begriff der Kriminalitätsfurcht hinaus. Denn während sich Kriminalitätsfurcht auf die Gefährdungseinschätzung der eigenen Person bezieht, umfasst der Begriff des subjektiven Sicherheitsgefühls, neben den mittelbaren Beeinträchtigungen, die Gesamtheit an ungeahndeten Rechtsbrüchen und Ordnungsstörungen (Schewe 2006). Das subjektive Sicherheitsgefühl bezieht also zusätzlich zur individuellen Betroffenheit die damit in Verbindung stehenden gesellschaftlichen Wahrnehmungen und Entwicklungen explizit mit ein. Es existieren allerdings auch andere Konzeptionen von Kriminalitätsfurcht, die zwischen einer sozialen und einer personalen Furcht unterscheiden. Die soziale Dimension bezeichnet dabei das Gefühl der allgemeinen, Staat und Gesellschaft betreffenden Bedrohung durch Kriminalität. Die personale Furcht bezieht sich dagegen auf das alltägliche Sicherheitsgefühl (Reuband 1994).

Neben offensichtlichen Formen von Kriminalität sind für die Beschaffenheit des subjektiven Sicherheitsgefühls die individuellen und sozialen Deutungs- und Wahrnehmungsmuster in Bezug auf Incivilities (z. B. Vermüllung, Rücksichtslosigkeiten oder abweichendes Verhalten) zentral. Incivilities als Ausdruck von Verfallserscheinungen sozialer Ordnung oder der materiellen Umwelt (Hohage 2004) können demnach, neben tatsächlichen Formen von Kriminalität, das subjektive Sicherheitsgefühl beeinflussen. So können sich etwa städtebauliche Aspekte auf das subjektive Sicherheitsempfinden aus-

wirken, wenn diese etwa durch ihre baulichen Eigenschaften (z. B. schlechte Beleuchtung, Gefühl von räumlicher Enge) Unsicherheit evozieren. Das subjektive Sicherheitsgefühl weist also mehrere Facetten auf, die mit Phänomenen der „social disorder" verbunden sind, und ist insgesamt breiter angelegt als das Konstrukt der Kriminalitätsfurcht. Teilweise werden subjektives Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht zwar gleichgesetzt (Bornewasser/Köhn 2012); wir plädieren allerdings für eine stärkere Abgrenzung dieser beiden Konstrukte, wie sie weiter oben beschrieben wird. Eine umfassende Annäherung an das subjektive Sicherheitsgefühl kommt auch deshalb nicht umhin, die Verzahnung von sozialen, symbolischen und städtebaulichen Faktoren zu beschreiben und deren Wechselwirkungen zu analysieren. Da diese Wechselwirkungen individuell stark variieren können, ist das subjektive Sicherheitsgefühl als Phänomen anzusehen, das vielfältige Effekte auf der gesellschaftlichen Ebene implizieren kann. Die Diversität subjektiver Sicherheitswahrnehmungen kann folglich in unterschiedlichen Bedürfnis- und Interessenlagen münden, die zueinander in Beziehung gesetzt werden sollten, anstatt diese in ihrer Bedeutung in irgendeiner Weise zu hierarchisieren.

Hinsichtlich der individuellen Einflussfaktoren auf das subjektive Sicherheitsgefühl liefert die empirische Forschung Anhaltspunkte dafür, dass personale Faktoren wie Alter oder Geschlecht dahingehend auf die Sicherheitswahrnehmung einwirken, dass ältere Menschen und Frauen hier tendenziell niedrigere Niveaus an gefühlter Sicherheit aufweisen, was etwa mit der Eigenwahrnehmung der jeweiligen Copingfähigkeiten und des damit zusammenhängenden Vulnerabilitätsempfindens in Verbindung stehen kann (Ziegleder et al. 2011). Im Kontext von Fragestellungen der Vielfalt könnten auch ethnische Merkmale für eine Varianz von Copingfähigkeiten verantwortlich sein, wenn sich etwa sprachliche Fähigkeiten oder soziale Orientierungen noch in der Ausbildung befinden. Die Copingfähigkeiten von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten könnten beispielweise schlechter ausgeprägt sein als durchschnittlich. Dies dürfte ebenso auf die Theorie der (sozialen) Herkunft zutreffen, die das Sicherheitsgefühl in einen positiven Zusammenhang mit Faktoren wie der materiellen Ausstattung oder dem Bildungsgrad setzt (Hummelsheim-Doss 2017). Die Viktimisierungsthese, wonach Kriminalitätsfurcht das Ergebnis von direkten oder kommunizierten Opfererlebnissen darstellt, ist empirisch bislang nur unzureichend bestätigt worden (Hummelsheim-Doss 2017). Auch hier könnte allerdings ethnische Diversität auf die subjektive Sicherheit einwirken, wenn man etwa an die Gewalt gegen Geflüchtete oder die zahlreichen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland denkt. Das Sicherheitsempfinden zeichnet sich des Weiteren durch tageszeitliche Wahrnehmungsunterschiede aus, wie beispielsweise eine Untersuchung im Kanton Basel belegt: „Sowohl die Art der Nutzungen, Qualitäten aber auch Herausforderungen an die Sicherheit öffentlicher Räume ändern sich über den Tages- und Nachtverlauf" (Kanton Basel-Stadt/Baseler Fonds 2018: 25). Der Befund unterliegt allerdings starken Schwankungen zwischen den Städten (Kanton Basel-Stadt/Baseler Fonds 2018). Die oftmals skandalisierte mediale Aufbereitung und selektive Rezeption von Themen der Kriminalität und Unsicherheit werden in der Soziale-Problem-Perspektive und der Selektionsthese adressiert (Hummelsheim-Doss 2017). Im Gegensatz zu sozialpsychologisch ausgerichteten Ansätzen, die Einflussgrößen wie Persönlichkeitsmerkmale (z.B. individuelle Resilienzfähigkeiten oder das Big-5-Modell der Persönlichkeitspsychologie, bestehend aus den fünf Faktoren Offenheit, Gewissenhaftigkeit, Extraversion, Verträglichkeit, Neurotizismus) in den Vordergrund rücken, begreift die innerhalb der Kriminologie einflussreiche Generalisierungsthese Kriminalitätsfurcht als „Materialisierung unausgesprochener unterschwelliger Existenz- und Zukunftsängste" (Hirtenlehner 2009: 13). In

der empirischen Forschung deuten diverse Befunde darauf hin, dass generelle Ängste (wie die Angst vor Arbeitslosigkeit oder Altersarmut) mit Kriminalitätsfurcht korrespondieren (Hirtenlehner 2006). Vor dem Hintergrund von ethnischer Diversität, dürften sich solche Ängste insbesondere bei Geflüchteten, wo sich Unsicherheiten auf der strukturellen Ebene oftmals in radikaler Weise durch eine völlig unklare Bleibeperspektive niederschlagen, manifestieren.

Neben diesen Einflussgrößen auf das subjektive Sicherheitsgefühl bezieht sich objektive Sicherheit auf objektivierte, d.h. messbare oder wahrnehmbare Formen der Sicherheit. Für den Bereich der kriminalitätsbezogenen Unsicherheit lässt sich die Erkenntnis der Differenz zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit dahingehend als prägend betrachten, dass nicht zwangsläufig objektivierte Kennzahlen von Unsicherheit (wie z.B. die Polizeiliche Kriminalstatistik) als relevante Größen in der Konstituierung des subjektiven Sicherheitsgefühls Berücksichtigung finden, sondern ebenso Faktoren, die auf der subjektiven Ebene die Wahrnehmung beeinflussen. Denn diese erscheinen ihrerseits in ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft nicht weniger erheblich, wie es die Thomas-Brüder bereits im Jahr 1928 konstatierten: „If men define situations as real, they are real in their consequences" (Thomas/Thomas 1928: 572). Eine reine Konzentration auf tatsächliche, messbare und somit scheinbar objektivierbare Formen der Kriminalität ist demzufolge nicht ausreichend, um ein brauchbares Gesamtbild zu generieren, das konkrete Ansatzpunkte für umfassende Gegenmaßnahmen und -strategien zu liefern imstande ist. Vielmehr haben sowohl objektive als auch subjektive Sicherheitsaspekte einen Einfluss auf die Wahrnehmung sowie die Nutzung öffentlicher Räume und damit auf die Lebensqualität in einer Stadt.

Aus der beschriebenen Vielschichtigkeit von Sicherheit ergibt sich, dass der Umgang mit Unsicherheit als gesellschaftlicher Aushandlungsprozess geführt werden sollte, um die diversen Perspektiven, Wahrnehmungen und Bedürfnisse im Hinblick auf Sicherheit miteinander in Beziehung zu setzen. Bei Daase etwa wird „Sicherheitskultur, verstanden als die Summe der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen und Individuen, die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist und wie und mit welchen Mitteln dieser Gefahr begegnet werden soll" (Daase 2013: 40). Ein solcher deliberativer Umgang mit (Un-)Sicherheit gewinnt in zunehmend diversen Stadtgesellschaften an Bedeutung, da hier verschiedene, teils divergente Sicherheitswahrnehmungen, -vorstellungen und -bedürfnisse vorliegen können. Die Ausarbeitung von diversitätsorientierten Sicherheitsstrategien für einen konkreten lokalen Kontext, in die möglichst die gesamte Bandbreite zivilgesellschaftlicher und behördlicher bzw. institutioneller Akteure involviert sein sollte, ist vor diesem Hintergrund der Schlüssel, um divergierende und möglicherweise konfligierende Haltungen und Perspektiven zu erkennen, zwischen ihnen zu vermitteln und diese möglicherweise zu integrieren.

3.2 (Un-)Sicherheit und Diversität

Die Annahme der bereits genannten Generalisierungsthese, dass Kriminalitätsfurcht mit anderen Ängsten und Unsicherheiten in Verbindung steht (Hirtenlehner 2006, Hirtenlehner/Groß 2018), lenkt den Blick auf die Bedeutung von gesellschaftlichen Brüchen und Transformationsprozessen, die einen „Verlust von traditionalen Sicherheiten" (Beck 1986: 206) bedingen. Zudem beschreibt Bude soziale Desintegrationsprozesse, die in einer Angst, nicht dazuzugehören, münden können, als konstitutives Merkmal von mo-

dernen Gesellschaften (Bude 2014). Die sich aus diesen Entwicklungen ergebenden Verunsicherungstendenzen treten als diffuse Unsicherheitserfahrungen in Erscheinung. Bauman bezeichnet mit dem Begriff der „liquid fear" (Bauman 2006) den Prozess der Verflüssigung und damit einhergehenden Destabilisierung von einstigen Gewissheiten. Die sich daraus ergebenden Uneindeutigkeiten äußern sich schließlich in einer geringer werdenden Ambiguitätstoleranz (Bauer 2018). Das Fremde avanciert zum Symbol grundsätzlicher Orientierungslosigkeit in modernen Gesellschaften, was nicht zuletzt in einer Ablehnung von Diversität als programmatischem Ausdruck von Uneindeutigkeit mündet. Yildiz hält einen aufgeklärten gesellschaftlichen Umgang mit Vielfalt jedoch für unabdingbar, um in der heutigen Zeit bestehen zu können: „Diversität [bedeutet], dass im alltäglichen Umfeld vielfältige Differenzen und Erfahrungen möglich und normal sind und der Umgang mit Komplexität, globaler Diversität als eine der heutigen Schlüsselkompetenzen alltäglich geübt wird" (Yildiz 2017: 20). Unsicherheit erscheint in diesem Kontext also auch als potenziell verunsichernde Uneindeutigkeit und Widersprüchlichkeit, die ein zentrales Charakteristikum der (reflexiven) Moderne darstellt, da Modernisierung systematisch Diversität – bis hin zu „Super-Diversity" (Vertovec 2007) – und Unsicherheit erzeugt. So bringt der Begriff der Super-Diversity „in gewissem Sinne die Unmöglichkeit zur Sprache, klare Zuordnungen vorzunehmen, diese oder jene Identität zuzuschreiben und die Kategorien zu essentialisieren" (Beck 2009). Übertragen auf den städtischen Kontext kann dies bedeuten, dass der zivilisierte Umgang mit Fremdheit zu einer grundlegenden Fähigkeit avanciert, die alle Stadtbewohner*innen zwangsläufig erwerben müssen (Römhild/Vertovec 2011, mit Bezug auf Lofland 1998). Fremdheit wird in einer solchen aufgeklärten Sichtweise nicht als etwas abstrakt Beunruhigendes deklariert, sondern als Tatsache verstanden, die sich aus der Logik politischer und ökonomischer Entwicklungsprozesse im globalen Maßstab ergibt.

Die an die Generalisierungsthese anknüpfende Anomiethese postuliert einen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Wandel und daraus resultierenden Orientierungslosigkeiten und Entfremdungsgefühlen. Die Konfrontation mit Unbekanntem und Fremdem wird schließlich als Spiegel gesellschaftlicher Veränderungsprozesse interpretiert, der Verunsicherung symbolisiert und infolgedessen auf Ablehnung stößt: „Der ausländisch aussehende Fremde wird dabei zur Symbolfigur einer unerwünschten Veränderung der eigenen Lebenswelt und Gesellschaft" (Hirtenlehner/Groß 2018). Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Vielfalt und subjektivem Sicherheitsempfinden ist in dieser Perspektive negativ, da ein Zuwachs an Diversität in einem Mehr an Verunsicherung mündet.

Auch in der Ethnischen Heterogenitätsthese (Snell 2001), die vor allem im US-amerikanischen Migrationsdiskurs verbreitet ist, wird postuliert, dass das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen Ängste schüren kann, die wiederum mit in einer erhöhten Verbrechensfurcht einhergehen. Der Zusammenhang zwischen ethnischer Heterogenität und kriminalitätsbezogenen Unsicherheitsgefühlen wird auch innerhalb einiger Studien empirisch bestätigt (Snell 2001, Häfele 2013, Oberwittler et al. 2017). Weitere Arbeiten zeigen, dass nicht unbedingt der tatsächliche Grad der ethnischen Heterogenität ausschlaggebend sein muss, sondern oftmals die subjektiv wahrgenommene Heterogenität das Sicherheitsempfinden entscheidend beeinflusst (Pickett et al. 2012, Wang 2012). In dieser Hinsicht scheint in erster Linie die vermeintliche Sichtbarkeit von Diversität im öffentlichen Raum, etwa in Bezug auf bestimmte askriptive Merkmale (z.B. Hautfarbe), der entscheidende Einflussfaktor auf das kriminalitätsbezogene Sicherheitsgefühl zu sein (Hirtenlehner/Groß 2018).

Hirtenlehner/Groß (2018) machen darauf aufmerksam, dass die vermittelnden Einflussgrößen auf den Zusammenhang zwischen tatsächlicher oder wahrgenommener ethnischer Heterogenität und dem kriminalitätsbezogenen Unsicherheitsgefühl noch unzureichend erforscht sind. Eine Untersuchung der beiden Autoren versucht, diese Lücke zu schließen, und identifiziert vier vermittelnde Variablen: Viktimisierung, Unordnungsperzeptionen, Anomieempfinden und Fremdenfeindlichkeit. Letztere Variable hat dabei den stärksten Einfluss auf die Stärke des Zusammenhangs zwischen ethnischer Heterogenität und Unsicherheitsgefühl, wobei die Faktoren untereinander nicht trennscharf sind und sich auch aufgrund des Untersuchungsdesigns keine Rückschlüsse auf Ursachen und Wirkungen ziehen lassen. Fest steht aber, dass diese vier Variablen die Beschaffenheit des Zusammenhangs gut erklären können.

In der Bertelsmann-Studie „Vom Unbehagen an der Vielfalt" (Follmer et al. 2018) wird der Versuch unternommen, auf empirischer Basis eine Typologie von diversitätskritischen Menschen zu entwickeln. In der Studie ist von antipluralistischen Einstellungen die Rede, die gesellschaftliche Vielfalt ablehnen. Die Gruppe der „Antipluralisten", der, laut Studie, 39 % der Bevölkerung angehören, wird in vier Subtypen unterteilt. Neben den „Zweiflern" (10,5 %) finden sich hier die „Verunsicherten" (16,3 %), die „Frustrierten" (7,9 %) und die „Ausgegrenzten" (4,2 %) (Bertelsmann 2018). Dabei weisen vor allem die letzteren beiden Subtypen entschiedene antipluralistische Züge auf. Insgesamt zeichnen sich die „Antipluralisten", dabei insbesondere die „Frustrierten" und „Ausgegrenzten", durch ein geringes Maß an institutionellem und gesellschaftlichem Vertrauen aus sowie durch die geringe Einbindung in soziale Netzwerke oder gesellschaftliches Engagement. Hinzu kommt ein ausgeprägtes Ungerechtigkeitsempfinden und eine geringe Lebenszufriedenheit (Bertelsmann 2018). Das von Hirtenlehner/Groß identifizierte Anomieempfinden lässt sich in der Gruppe der „Antipluralisten" gewissermaßen als verbindendes Element zwischen den Subtypen wiederfinden. Auch die Bertelsmann-Studie macht darauf aufmerksam, dass diversitätsbedingte Unsicherheitsgefühle unmittelbar mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen in Verbindung stehen können.

Ein toleranter Umgang mit Vielfalt ist insgesamt voraussetzungsreich, und die Voraussetzungen dafür sind ungleich verteilt. Personen mit höherer Statussicherheit sind tendenziell eher in der Lage, Vielfalt zu akzeptieren, weil sie in der Regel insgesamt weniger einzelne Unsicherheitsformen und -ausprägungen, die sich von Arbeitsplatzunsicherheit über biografische, kriminalitätsbezogene oder andere soziale Unsicherheiten erstrecken können, akkumulieren. Auch ein höherer Bildungsgrad, der zumeist mit einem höheren Sozialstatus einhergeht, stellt Wissensressourcen und Reflexionskapazitäten als Grundlage für eine ausgeprägtere Ambiguitätstoleranz – als Ressource für den Umgang mit Uneindeutigkeit – bereit. Die Ausgangsbedingungen für die Ausbildung von Ambiguitätstoleranz (Bauer 2018) sind also gesellschaftlich unterschiedlich verteilt, und die Forderung nach einer Akzeptanz von Vielfalt muss die damit verknüpften sozio-kulturellen Ungleichheiten mit in den Blick nehmen, um keine Schieflagen zu produzieren, die Gesellschaften langfristig polarisieren. Dies gilt etwa vor dem Hintergrund einer „Gesellschaft der Singularitäten" (Reckwitz 2018), die sich durch eine Diversifizierung auf der soziokulturellen Ebene durch ein Streben nach Einzigartigkeit charakterisieren lässt. Die Vielfalt kultureller Güter fungiert hierbei als „Ressource subjektiver Selbstentfaltung" (Reckwitz 2016). Diese Entwicklung droht den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu untergraben und mündet letztlich darin, dass es zunehmend weniger Berührungspunkte zwischen der aufsteigenden neuen Mittelklasse und der absteigenden neuen Unterklasse gibt. Vielmehr verhärten sich bestimmte soziale Konfliktli-

nien etwa in Bezug auf den Umgang mit kultureller Diversität. Dieses Auseinanderdriften bedroht somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit die Akzeptanz und Solidarität mit Fremdem und Andersartigkeit.

Die Vervielfältigung der Lebensrealitäten und deren Interpretationen machen sich nicht zuletzt in Bezug auf sicherheitsrelevante Fragestellungen bemerkbar. Wenn sich Sicherheitsbedürfnisse und -präferenzen vervielfältigen, führt auch dies zu Kämpfen um Deutungshoheit über die Beschaffenheit von „Sicherheit" als sozialem Konstrukt, das dynamisch strukturiert ist, kontextuell variabel und historisch veränderbar. Es muss deshalb konkret eruiert werden, wessen Sicherheit gemeint ist oder was sicher gemacht werden soll. Der Versuch der Etablierung eines universell gültigen, kontextübergreifenden Sicherheitskonzeptes erscheint aus diesem Blickwinkel fehlgeleitet. Vielmehr ist die Vermittlung und Verständigung zwischen unterschiedlichen Perspektiven auf Sicherheit notwendig, um nicht von vorneherein normativ zu setzen, was Sicherheit ist und wessen Sicherheit gewährleistet werden soll.

Neben den unterschiedlichen Perspektiven und Zugängen zu Sicherheit können bestimmte Nutzungsweisen des öffentlichen Raumes zu Konflikten führen, die ihrerseits Sicherheitsaspekte berühren können. Dabei gilt, dass nicht jeder Nutzungskonflikt abweichendes Verhalten darstellt, nicht jedes abweichende Verhalten eine Ordnungswidrigkeit ist, nicht jede Incivility zur Verunsicherung der Bürger*innen im öffentlichen Raum beiträgt und zwischen Ordnungswidrigkeiten und Kriminalität bewusst unterschieden wird und werden muss (Floeting 2015). Konflikte in und um den öffentlichen Raum sind dabei nicht selten Resultat aus unterschiedlichen Nutzungsansprüchen, die mit bestimmten (Alltags-)Praktiken oder Lebensstilen zusammenhängen. Prozesse der sozialen Ausdifferenzierung und Individualisierung wirken dabei oftmals als Nährboden für Konflikte, weil sie durch Pluralisierung von Werten und Normen desintegrative Kräfte entfalten können. Die Konfrontation mit dem jeweils Anderen, dem Fremden wird in diesem Zuge oftmals als Verunsicherung wahrgenommen, was Konfliktpotenziale begünstigen und einer Verständigung zwischen den diversen Nutzergruppen entgegenwirken kann. Vor diesem Hintergrund erscheint die Erarbeitung diversitätsorientierter Sicherheitsstrategien essentiell.

Ein Bestandteil solcher Strategien würde die moderierte Verhandlung von unterschiedlichen Bedürfnissen oder konkreten Konfliktlinien sein, die sich aus vielfältigen Nutzungen ergeben und die ihrerseits nicht als störend, sondern als Zeichen funktionierender demokratischer Strukturen betrachtet werden sollten: „Der öffentliche Raum gehört allen. So divers die Stadtgesellschaft auch ist, so unterschiedlich sind auch die Ansprüche an einen öffentlichen Raum und die dortige Sicherheit. Nutzungskonflikte gehören zu einer Stadt. In einem Dialog mit den relevanten Akteuren werden diese thematisiert und gemeinsam Lösungen gesucht" (Kanton Basel-Stadt/Basler Fonds 2018: 30). In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass ein Mehr an Konflikten auch als Ausdruck einer gelungenen Integrationspolitik verstanden werden kann – eine Entwicklung, die El-Mafaalani als „Integrationsparadox" (El-Mafaalani 2018) bezeichnet. Erfolgreiche Integration mündet in dieser Perspektive in dem Willen und der Bereitschaft zur gesellschaftlichen Teilhabe, der Mitgestaltung von Gesellschaft und sich daraus ergebenden – im besten Falle konstruktiven – Auseinandersetzungen und Aushandlungsprozessen auf Augenhöhe. Die Infragestellung der demokratietheoretischen Relevanz von ethnischen Zugehörigkeiten, die innerhalb der Sozialwissenschaften lange Zeit als wesentliche individuelle Merkmale der Gesellschaftsbeschreibung fungierten, ist dabei eine zentrale Voraussetzung für die Beseitigung von Trennlinien, die einem inklusiv angelegten Austauschprozess entgegenstehen. Dabei kann eine postmigrantische

Sichtweise (Foroutan 2015), die integrationspolitisch nicht von defizitären nderen ausgeht – die Anpassungsleistungen an eine ohnehin schwer zu definierende Hegemonialgesellschaft erbringen sollen – und stattdessen auf strukturelle und institutionelle Öffnungen setzt, unter anderem als Voraussetzung für die zielführende Bearbeitung von Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum angesehen werden.

Mit Blick auf die Verzahnung der Sicherheitsthematik mit Fragestellungen der urbanen Diversität, könnte der gesellschaftliche Zusammenhalt, etwa in Form von Solidarität, Sozialkapital oder sozialem Vertrauen und den damit verknüpften sozialen Beziehungen, eine elementare Ressource sowohl von Sicherheit als auch für die Bewertung und Akzeptanz von Vielfalt darstellen. Oftmals wird innerhalb von quantitativ angelegten Untersuchungen ein negativer Zusammenhang zwischen Fremdheit, operationalisiert über interethnische Kontakte, und sozialem Vertrauen postuliert (wobei Diversität meistens keinen signifikanten Einfluss auf das generalisierte Vertrauen aufweist). An prominenter Stelle kann hier die Untersuchung von Putnam (2007) in den USA genannt werden, deren Ergebnisse auch politisch handlungsleitend wurden und die einer ethnisch-kulturellen Mischung von Quartieren eine Absage erteilte, wenn Stadtplaner*innen mehr auf die Schaffung homogener Quartiere mit spezifischen Funktionen setzten als auf funktional gemischte Nachbarschaften (Blokland 2011). Der statistische Zusammenhang zwischen Diversität und Vertrauen im Quartier ist vor allem für den US-amerikanischen Kontext gut beforscht, und es wird darüber äußerst kontrovers diskutiert. Inwieweit die Ergebnisse auf europäische Städte übertragbar sind, bleibt allerdings zu hinterfragen, denn einige Studien, die in Europa angesiedelt sind, kommen zu gegenteiligen Ergebnissen (Drever 2008, Petermann/Schönwälder 2012).

Die Ergebnisse von Putnam stießen aber auch in den USA nicht nur auf Zustimmung, sondern ebenso auf kritische Resonanz. Eine Art Meta-Kritik liefern beispielsweise Abascal/Baldassari (2015), die mit denselben Daten rechnen wie Putnam, aber zu anderen Ergebnissen kommen bzw. diese teilweise anders interpretieren und zudem methodische Kritik an der Vorgehensweise von Putnam üben. Die Argumente von Abascal/Baldassari stellen insgesamt nicht Diversität an sich als ein Problem heraus, sondern vielmehr vorurteilshafte Einstellungen, die hauptsächlich von einer weißen Bewohnerschaft getragen werden – was gewissermaßen mit der von Hirtenlehner/Groß (2018) weiter oben beschriebenen Beobachtung, dass die Stärke des Zusammenhangs zwischen ethnischer Heterogenität und Unsicherheitsgefühl in erster Linie durch Fremdenfeindlichkeit erklärt werden kann, korrespondiert. Daran schließt sich auch die Feststellung an, dass eine Diversifizierung von hauptsächlich weißen Quartieren tendenziell problematisch erscheint. Die Autoren plädieren zudem dafür, dass Diversität immer im Zusammenspiel mit anderen Faktoren beleuchtet werden muss. So sind diverse Quartiere zumeist durch umfangreiche Wandlungsprozesse gekennzeichnet (z.B. Gentrifizierung), was Konflikte, die potenziell das gegenseitige Vertrauen tangieren können, wahrscheinlicher macht als in „stabileren“ Quartieren. Die zeitliche Instabilität sozialer Beziehungen, die sich besonders in diversen Quartieren wiederfindet, könnte somit das Vertrauen verringern und weniger das Phänomen der Diversität selbst (Grewal 2016).

In der international angelegten Metastudie von Pettigrew/Tropp (2006) wird die Bedeutung der Beziehung der Bewohner*innen zu ihrem Quartier als entscheidender Kontextfaktor für das Verhältnis von Diversität und Vertrauen als zentraler Faktor identifiziert. Positive Beziehungen wirken sich demnach gewinnbringend auf Vertrauen und das allgemeine Wohlbefinden der Bewohnerschaft aus. Dies spricht für die Bedeutung des jeweiligen Kontexts

der Interaktion zwischen verschiedenen sozialen Gruppen im Quartier. Dabei kann die Qualität der Beziehung von städtebaulichen Aspekten, aber auch von einer Vielzahl anderer Faktoren abhängen.

Es deutet also einiges darauf hin, dass etwa gelungene Orte der Begegnung, im Gegensatz zu Angsträumen, die Kohäsion und Solidarität zwischen den Bewohner*innen verbessern können. Dies wird auch in einer Studie von Blokland bestätigt, deren Ergebnisse darauf hinweisen, dass Diversität dann in Furcht – und nicht in Konflikten – resultiert, wenn der Grad der individuellen Vertrautheit und Bekanntheit in einem bestimmten lokalen Kontext niedrig ausfällt (im Original: „where public familiarity is absent") (Blokland 2011: 193). Hierbei fällt auf, dass eine Differenzierung zwischen Angst und Konflikt vorgenommen wird. Während Angst wohl kaum produktive Kräfte entfachen kann, ist ein konstruktiver Konflikt oftmals die Basis für die Gestaltung von positiven Veränderungsprozessen.

Die Bedeutung des Kontexts scheint überdies für die Validierung von theoretischen Annahmen über das Aufeinandertreffen von unterschiedlichen sozialen Gruppen relevant. Hierbei lassen sich klassischerweise zwei diametral zueinander stehende Konzepte unterscheiden. Während die Kontakthypothese (Allport 1954) davon ausgeht, dass durch die Ermöglichung des Kontakts zwischen unterschiedlichen Gruppierungen stereotypisierte Annahmen und mögliche Feindseligkeiten abgebaut werden, postuliert die Konflikttheorie (Sherif et al. 1961), dass Vorurteile das Resultat des Wettbewerbs um knappe Ressourcen in lokal überschaubaren Kontexten sind – wobei Konflikt bei Sherif et al. stark negativ konnotiert ist. Die Gegenüberstellung von Kontakthypothese und Konflikttheorie wurde bereits in zahlreichen Literaturreviews aufgegriffen. Die konflikttheoretische Position wird hierbei oftmals als spezifische Erweiterung der Kontakthypothese interpretiert, wenn Konflikte als Resultat von zwischenmenschlichen Kontakten unter ungenügenden Bedingungen Betrachtung finden (Abascal/Baldassari 2015: 725).

Die Kontakthypothese findet implizit auch immer wieder Berücksichtigung, wenn es um die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts geht. So heißt es beispielsweise im Integrationskonzept der Stadt Frankfurt mit Bezug auf das Projekt „Changing Relation" der Ford Foundation: „Wenn Gruppen zusammenkommen, um an einer gemeinsamen Aufgabe zu partizipieren, sind sie meistens von dem Wunsch beseelt, spezifische Bedingungen des Gemeinwesens zu verbessern, z.B. bessere soziale Dienste oder Wohnbedingungen sicherzustellen oder gegen Kriminalität und Verwahrlosung in der Nachbarschaft zu kämpfen. Die Gruppen suchen nicht gezielt nach kulturübergreifenden Mitteln, um ein abstraktes Gefühl von ‚Lebensqualität' aufzubessern. Eher kämpfen sie in solchen Situationen gemeinsam gegen Kontrollverlust angesichts dramatischer Veränderungen ihres Lebensstandards. Durch gemeinsame Aktivitäten werden Spannungen und Konkurrenz abgebaut und vertrauensvolle Bindungen zwischen den Gruppen aufgebaut" (Integrationskonzept Frankfurt: 57 f.). Das Papier verweist auch auf die Bedeutung von „Community Brokers" (Personen mit lokaler Mittlerfunktion, meistens Frauen) für den Abbau von Spannungen. Das Integrationskonzept orientiert sich also gewissermaßen an den Überlegungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen bei der Beschäftigung und Überprüfung der Kontakthypothese.

Der Zusammenhang zwischen Sicherheit und Diversität muss, insbesondere auf Quartiersebene, als uneindeutiges und höchst kontextabhängiges Beziehungsgeflecht beschrieben werden. Dabei ist ferner zu beachten, dass weder Sicherheit noch Diversität „einfache" Konstrukte darstellen, sondern beide gleichermaßen weitreichende Querschnittsthemen sind, die, je nach

Perspektive, in die ein oder andere Richtung interpretiert werden können. Ob Sicherheit also als sozialer Frieden in einem solidarischen Quartier oder als datenbankgetriebene Unsicherheitsdetektion – um zwei sehr unterschiedliche Idealkonzeptionen von Sicherheit beispielhaft zu nennen – operationalisiert wird, ist dabei genauso entscheidend wie die Frage der praktisch-normativen Einordnung von Diversität. Hinzu kommt die Ambivalenz von Diversität, die sich als stimulierende Erfahrung von Differenz im Alltagsleben, aber ebenso als konfliktträchtige Variante einer multikulturellen Gesellschaft verstehen lässt.

3.3 Lebensqualität als integratives Konzept für Vielfalt und Sicherheit in der Kommune

Mit Blick auf die Diskrepanzen zwischen der objektiven und der subjektiven Dimension von Sicherheit muss also, wie soeben herausgestellt wurde, von zwei unterschiedlichen Aspekten gesprochen werden, die nicht zwangsläufig zusammenhängen. Um urbane Sicherheit sowie das Sicherheitsempfinden von Bürger*innen als Bestandteil der städtischen Lebensqualität zu verbessern, reicht es folglich nicht, „objektive" Fallzahlen von Kriminalitätsdelikten zu senken, sondern es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die einerseits Kriminalität vorbeugen und andererseits das subjektive Sicherheitsgefühl verbessern. Im Projekt „DIVERCITY – Sicherheit und Vielfalt im Quartier" wird Sicherheit als ein Aspekt von Lebensqualität interpretiert, neben anderen Aspekten, zu denen auch eine positive Umsetzung von Diversität gehört. Generell lässt sich das Konzept der Lebensqualität in drei Teilbereiche gliedern. Erstens zählt dazu die Dimension des subjektiven Wohlbefindens von Personen oder Gruppen. Zweitens beinhaltet das Konzept eine Dimension, die den materiellen Lebensstandard abdeckt. Drittens kommt noch die Dimension des immateriellen Wohlstands (z.B. Bildung, Berufschancen, sozialer Status, Gesundheit) hinzu. Insgesamt erweist sich das dreidimensionale Konstrukt als relativ konsistent, wenn etwa starke statistische Korrelationen zwischen der Lebenszufriedenheit und den äußeren Faktoren ermittelt werden. Dennoch lässt sich das Gesamtkonstrukt wohl nur schwerlich auf eine oder zwei der drei genannten Dimensionen reduzieren.

Bezogen auf die Thematik des Projekts lässt sich festhalten, dass (Un-)Sicherheit und deren Wahrnehmung die Lebensqualität im Wohnumfeld und in öffentlichen Räumen der Stadt deutlich beeinflussen können. Somit stellt sich die Frage, wie Diversität auf Quartiersebene (politisch, sozial und mit Blick auf den Wohnungsmarkt auch ökonomisch) organisiert und bearbeitet werden sollte, um nicht zu einem Sicherheitsproblem stilisiert zu werden. Die Potenziale von Diversität lassen jedenfalls ebenso eine umgekehrte Entwicklung zu, wenn Diversität als Element von Lebensqualität in Erscheinung tritt und in dieser Hinsicht fruchtbar gemacht werden kann. Die Ambivalenzen von Diversität zusammen mit der Vielschichtigkeit des Phänomens der Sicherheit, lassen – wie bereits thematisiert wurde – keine universell gültigen Antworten auf die Frage einer erfolgreichen Relationierung von Diversität und Sicherheit zu, die sich ohne Weiteres in präventive Praxis gießen ließe. Gleichwohl sollte dies einer kontextspezifischen Analyse und Überlegungen zur gelingenden Vereinbarkeit der beiden Konstrukte in einem lokalen Zusammenhang nicht im Wege stehen.

In der theoretischen Fundierung unseres Blickwinkels werden also sowohl Sicherheit als auch Diversität als Faktoren bzw. Subkategorien von Lebensqualität betrachtet. Für einen positiven Effekt von Diversität auf Lebensqualität ist entscheidend, dass die Ambivalenz von Diversität positiv ausschlägt, das heißt, die Potenziale von Diversität sollen nutzbar gemacht werden; an-

dernfalls kann Diversität auch eine Verringerung von Lebensqualität evozieren. Eng verwoben mit Fragen der Integration im Quartier sind weiterhin Konstrukte wie Kohäsion, Werte, Sozialkapital oder Vertrauen, die ihrerseits in einem engen Wirkungszusammenhang stehen. In dieser Hinsicht wird auch darauf verwiesen, dass kohäsive, solidarische Quartiersstrukturen und -netzwerke in einem eher indirekt vermittelten und doch umfassenden Sinne auf die Sicherheit einwirken. Bestimmte Perspektiven auf Sicherheit geben in gewisser Weise auch schon eine Perspektive auf Diversität vor und vice versa. Wird Sicherheit etwa als Kontrolle einer Abweichung von einer wie auch immer gearteten Norm verstanden, avanciert Diversität automatisch zum Problem – dann nämlich, wenn Diversität als Uneindeutigkeit zu einem Faktor für Überforderung und Verunsicherung gerät, wie es unter anderem Forschungen zu Rechtsextremismus nahelegen, die vor allem auf der sozio-kulturellen und weniger auf einer strukturellen Ebene Anhaltspunkte für rechtsextreme Orientierungen und Einstellungen finden (Götz 1997). Andererseits kann aber Sicherheit auch in positiver Weise mit Diversität in Einklang gebracht werden, wenn Vielfalt als Ressource einer Art verteilter (System-)Stabilität fruchtbar gemacht wird. Diese Perspektive korrespondiert nicht zuletzt mit der Bedeutung von Diversität in resilienten Systemen, wie sie Bröckling mit Rekurs auf die sozial-ökologische Forschung (Carpenter 2012) identifiziert: „Je größer die Diversität eines sozialökologischen Systems, das heißt, je vielfältiger seine Elemente, Prozesse und Strukturen, über desto mehr Optionen verfügt es und desto größer ist seine Fähigkeit, Schockereignisse und schleichende Katastrophen zu überstehen“ (Bröckling 2017: 11). Vielfältige Systeme können also Vorteile gegenüber zentralistisch ausgerichteten Sicherheitskonzepten aufweisen, von denen, etwa im Bevölkerungsschutz, in mancherlei Hinsicht Abstand genommen wird.

Gesellschaftliche Diversität könnte insgesamt als Inspirationsquelle für den Umgang mit Uneindeutigkeiten und Unsicherheiten fungieren, wenn die Vielfalt an zur Verfügung stehenden Lösungsansätzen stärker in Entscheidungsbildungen einbezogen würde. Der Suche nach einfachen Lösungen für komplexe Problemlagen sollte vor dem Hintergrund der weiter oben abgegebenen Gesellschaftsdiagnosen ohnehin eine Absage erteilt werden. Die Offenheit für alternative Handlungs- und Entwicklungspfade würde der Dynamik gesellschaftlicher Entwicklungen ohnehin viel eher Rechnung tragen. Der gesellschaftliche Umgang mit Unsicherheit müsste folglich, in Anschluss an Daase (2013), als Aushandlungsprozess organisiert werden, dem es gelingt, die Vielfalt an sicherheitsbezogenen Wissensvorräten, Strategien und Werten in ein großes Ganzes zu integrieren. Dabei besteht die Notwendigkeit, sich konkrete Situationen vor Ort anzuschauen, um zu verstehen, welche Problemlagen das subjektive Unsicherheitsempfinden beeinflussen, und wie hier nachhaltig gegengesteuert werden kann. Dringende Voraussetzung für solch ein Vorhaben sind allerdings explizite Kenntnisse über die Akteurslandschaft und deren Vernetzungsoptionen und -grade an der Schnittstelle zwischen Diversität und Sicherheit. Erfolgreiche Vernetzung erscheint in diesem Licht als unerlässliche Bedingung für die Analyse und Erarbeitung von Strategien in Bezug auf multifaktorielle kommunale Phänomene und Herausforderungen. Koordinierte und strukturierte Formen der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen kommunalen Akteuren ermöglichen zum einen das Teilen von akteurspezifischen Wissensvorräten, was insgesamt ressourcenschonend wirken kann. Zum anderen können unterschiedliche Akteursperspektiven auf komplexere Problemlagen die Etablierung geeigneter Lösungsvorschläge, die diese Komplexität explizit berücksichtigen, begünstigen.

4. Sicherheit und Vielfalt in der kommunalen Praxis

4.1 Kommunale Akteur*innen der Vielfalt und Sicherheit

Um das Zusammenleben in der vielfältigen Stadt zu organisieren, sind zunächst einmal Akteur*innen zu identifizieren, die – in wechselnden Konstellationen vor Ort – bereits kooperieren oder zwischen denen eine Kooperation sinnvoll erscheint. Bevor dargestellt wird, welche Akteur*innen für die Fragestellung des Projekts relevant sind, soll kurz darauf eingegangen werden, von welchem Akteursbegriff wir ausgehen und wie dieser mit aktuellen Entwicklungslinien und Neustrukturierungen von Kooperationen zwischen kommunalen Akteur*innen in Verbindung steht.

Kommunale Verwaltungsstrukturen entwickeln sich schrittweise von hierarchisch geprägten Top-down-Organisationen zu arbeitsteiligen Kooperationsnetzwerken, die durch öffentliche wie private Akteure ergänzt werden (Wurtzbacher 2008). Dieser Übergang von Government zu Governance impliziert eine Neuausrichtung der Selbstverständnisse, Motive und Strategien von kommunalen Akteur*innen hin zu stärker partizipativ ausgerichteten Kooperations- und Verhandlungsstrukturen. Governance bezieht sich in diesem Sinne auf mögliche Formen der Kontextsteuerung, Beeinflussung und Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteur*innen, die sich in einem ausdifferenzierten System bewegen (vgl. Haus 2010: 2010, mit Verweis auf Newman 2004: 71).

Dieser Übergang führt in der Folge zu einer verflochtenen, nicht ganz übersichtlichen und lokal variabel ausbuchstabierten Akteursstruktur: „In den Kommunen besteht eine komplexe Akteurearena, die sich im Detail von Kommune zu Kommune unterscheidet“ (Krummacher 2017: 83). Für die Identifikation von Akteur*innen, die kommunenübergreifend für die Beantwortung unserer Forschungsfragen relevant erscheinen, ergibt sich aus den eben genannten Aspekten das Problem, dass etwa die Identifikation von Akteur*innen der Diversität nicht ohne Weiteres vorgenommen werden kann. So existiert beispielsweise bislang keine strukturierte Typologie von Akteur*innen der Diversität (Moutselos et al. 2017: 10).

Für den Bereich von Migration und Integration kann dennoch eine Dreiteilung vorgenommen werden, die zwischen kommunalen Politikakteuren (Stadt-/Gemeinderäte, ggf. Bezirksvertretungen; Ausländer-, Integrationsbeiräte bzw. -ausschüsse; Ratsfraktionen; (Ober-)Bürgermeister*in; Integrationsbeauftragte*r), Verwaltungsakteur*innen (Integrationsbeauftragte*r, Integrationsbüro u.Ä.; Ausländer- und Einwohnerbehörden mit vorwiegender Ordnungsfunktion; Jugendhilfe-, Sozial-, Kultur-, Schulbehörden mit überwiegender Integrationsfunktion) und „externen“ lokalen Akteur*innen (Verwaltungen: lokale Arbeitsagenturen, Polizei, Schulen, BAMF-Regionalstellen; sozialnah: Wohlfahrtsverbände und Kirchen; wirtschaftsnah: örtliche Industrie- und Handelskammern, Wohnungsgesellschaften, Gewerkschaften); zivilgesellschaftlich: Bürger- und Sportvereine aller Art; Bürgerinitiativen, Migrant*innenselbstorganisationen) unterscheidet (ebd.: 83-85). Aus einer Governance-Perspektive fällt die Breite des Akteursspektrums auf, das von politischen und Verwaltungsakteur*innen über institutionelle Akteur*innen aus Wirtschaft, drittem Sektor und Zivilgesellschaft bis hin zur Bewohner- und Bürgerschaft reicht. Somit ist etwa auch der Woh-

nungsmarkt eine wichtige Stellschraube für Integrationsvorhaben in der Kommune (Jacobs 2017), die die netzwerkartigen Kooperationsbeziehungen zwischen kommunalen Akteuren adäquat abzubilden versuchen.

Für den Bereich der Sicherheit lassen sich ebenso zahlreiche implizite und explizite Sicherheitsakteure unterscheiden, wobei einige Überschneidungen zu den Akteur*innen der Integration und Migration ins Auge stechen. Auch hier erschwert die kommunenspezifische Zusammensetzung und Kooperation der Akteur*innen eine übergreifende Strukturierung (Abt 2016). Typischerweise lässt sich jedoch, neben den kommunal organisierten Akteur*innen (Ordnungsämter, Stadtplanung und -entwicklung, Jugend und Soziales), der Polizei, der Wohnungswirtschaft sowie speziellen Partnerschaften und Netzwerken auch hier eine Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Akteur*innen identifizieren. Neben Präventionsräten, Verbänden und Vereinen stellt die Bewohnerschaft im Bereich der kommunalen Sicherheit ebenso eine zentrale Akteurin des kommunalen Sicherheitshandelns dar. Insofern lässt sich die „Sicherheitsproduktion in der Stadt [als] ein komplexer Prozess mit einer Vielzahl von beteiligten Akteur*innen und unterschiedlichsten Aufgaben" (Abt/Lieb 2014: 193) begreifen.

Eine verengende Perspektive erscheint somit kaum zielführend, um sicherheitsrelevantes Handeln und die Bandbreite der darin involvierten Akteur*innen adäquat zu erfassen. Vielmehr könnte ein weiter Sicherheitsbegriff zu einem Verständnis darüber führen, „dass das, was häufig unter dem Blickwinkel von ‚Sicherheitsarbeit' behandelt wird, in Wahrheit tatsächlich ‚Quartiersarbeit' bedeutet" (ebd.: 194). Dies birgt allerdings auch die Gefahr, Quartiersentwicklung vor allem unter Sicherheitsgesichtspunkten zu betreiben. Eine Ausweitung des Sicherheitsbegriffs trägt dem netzwerkartigen Charakter von Akteurskooperationen Rechnung und läuft nicht Gefahr Akteur*innen analytisch zu vernachlässigen, die keine expliziten Sicherheitsaufgaben auf der kommunalen Ebene innehaben. Die Aufweichung klassischer Akteursfunktionen im Zuge einer Pluralisierung und Differenzierung innerhalb der Akteur*innen hin zu mehr Netzwerkarbeit schlägt sich zahlenmäßig etwa darin nieder, dass in Deutschland bereits im Jahr 2007 über 900 örtliche Gremien und Netzwerke zur Kriminalprävention identifiziert werden konnten (Schreiber 2007: 22).

Der Versuch einer Typenbildung von Sicherheitsakteur*innen auf der kommunalen Ebene steht somit vor der Herausforderung, nach welchen Kriterien Typen voneinander abzugrenzen sind. Abt/Lieb schlagen vor, „eine Beschreibung der Akteure der Sicherheitsproduktion entlang ihrer unterschiedlichen sicherheitsrelevanten Wirkungen zu entwickeln, um somit einen verstehenden Zugang zur alltäglichen städtischen Sicherheitskultur zu gewährleisten" (Abt/Lieb 2014: 196). Auf diese Weise differenzieren sie zwischen neun Funktionstypen, die jeweils in spezifischer Weise auf die lokale Sicherheitsproduktion einwirken. Die Typen lassen sich dabei nochmal in zwei Oberkategorien aufteilen, und zwar in unmittelbare und mittelbare Sicherheitsakteure. Die unmittelbaren Sicherheitsakteur*innen zeichnen sich durch direkte sicherheitsrelevante Interventionsmöglichkeiten aus, die entweder präventiv, reaktiv oder direkt informativ erfolgen. Hier lassen sich folgende Typen verorten: „Sozialorientierte & Fürsorgende", „Baulich-gestalterisch Planende & Umsetzende", „Kriminalitätsorientierte Aufklärende & Strafverfolgende", „Ordnungs- & Sauberkeitsorientierte", „Kommunikatoren & Meinungsbildende". Die mittelbaren Sicherheitsakteur*innen stehen dagegen in einem indirekten Zusammenhang zur Sicherheitsproduktion vor Ort, indem sie mit den unmittelbaren Akteur*innen in Beziehung stehen und diese entweder mit Informationen versorgen, ihnen koordinierend zur Seite stehen oder den Handlungsrahmen strukturieren. Folgende Typen gehören zu dieser Oberkategorie: „Rahmengebende & Entscheiden-

de“, „Vernetzende & Koordinierende“ sowie „Beratende & Informationsgebende“. Schließlich wird die Typologie durch den Sonderfall der „unbewusst und alltäglich Handelnden“ ergänzt, die zwar unbewusst, aber dennoch spürbar auf die lokale Sicherheitslage Einfluss nehmen (ebd.: 197). Der netzwerkartige Charakter lässt sich exemplarisch an bestimmten Akteur*innen abbilden, die sich in mehrere Typen einordnen lassen. Wohnungsunternehmen, die ja auch für den Bereich der Migration und Integration als zentraler Akteur genannt wurden, lassen sich in fast allen Typen verorten, was sie zu einem echten Querschnittsakteur werden lässt. Ebenso funktional divers aufgestellt ist die Polizei. Insgesamt offenbaren die beiden vorgestellten Typologien, dass eine klare Zuordnung und Abgrenzung zwischen den Akteur*innen nahezu unmöglich erscheint.

Im Handlungsfeld gesellschaftlicher Vielfalt und urbaner Sicherheit bilden städtische Wohnquartiere einen zentralen Interventions- und Handlungsraum für die wechselnden Kooperationen der zahlreichen Akteur*innen, die hier benannt wurden. Denn hier finden die Herausforderungen, die sich aus den Dynamiken zwischen Sicherheit und Vielfalt ergeben, ihren lebensweltlichen Ausdruck genauso, wie sich die Chancen, die sie bieten, hier zeigen und ergriffen werden wollen. Deshalb soll die Bedeutung des Quartiers als Bühne der Verzahnung von Aspekten der Vielfalt und Sicherheit und den sich daraus ergebenden Implikationen für das Zusammenleben in der Stadt im Folgenden näher erläutert werden.

4.2 Das Quartier als Ort der Erfahrung und Aushandlung von Super-Diversität

Wir haben gezeigt, wie vor dem Hintergrund einer zunehmenden Ausdifferenzierung soziokultureller Lebensstile und wachsender Migration Kategorien wie Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft brüchig werden. Das trifft insbesondere auf Städte zu. Hier treffen divergierende Kulturen, Werte und Identitäten, die sich auch in konkurrierende Raumnutzungen und Raumanforderungen übersetzen, fortlaufend aufeinander. Es wurde auch deutlich, wie solche Dynamiken zu Verunsicherung und Konflikten führen können und somit die Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt in Städten herausfordern.

Mit Blick auf diese Entwicklungen stellen Quartiere wichtige Identifikations- und Kontakträume dar. Dabei ist die Funktion, die Quartieren im Kontext urbaner Vielfalt zukommt, keineswegs eindeutig. Sie können Schauplatz sozialer und kultureller Konflikte sein und diese begünstigen; sie können aber auch die Identifikation ihrer Bewohnerschaft mit der Stadtgesellschaft und ihrer Nachbarschaft fördern. Sie können eine mögliche Benachteiligung ihrer Bewohnerschaft verstärken, da wo Segregationsprozesse Ausgrenzungsprozesse verschärfen; sie können aber auch Ressourcen und Netzwerke zur Verfügung stellen, die gesellschaftliche Teilhabe erleichtern. Diese Ambivalenz und die Qualität von Nachbarschaften als alltägliche Lebenswelten machen sie auch zu wichtigen Orten stadtentwicklungspolitischer Interventionen. Das gilt für Fragen der Diversität, Integration und Teilhabe genauso wie für Fragen der Lebensqualität sowie der erlebten und empfundenen (Un-)Sicherheit (Schnur et al. 2013).

Diversität, insbesondere ethnisch-kulturelle Diversität, ist nicht gleichmäßig über städtische Räume verteilt. Vielmehr konzentrieren sich die Wohnorte migrantischer Communities in bestimmten Vierteln, so dass eine ethnisch segregierte Raumstruktur entsteht. Die Gründe hierfür liegen im Falle der freiwilligen Segregation in den Wohnortpräferenzen bestimmter Gruppen,

beispielsweise wenn die Nähe zu bestehenden ethnischen Infrastrukturen und Gemeinden oder zu vertrauten Lebenswelten und sozialen Netzwerken gesucht wird. Bedeutsamer für die Entstehung ethnischer Segregation sind aber ökonomische und soziale Restriktionen. Denn Migrant*innen verfügen überproportional häufig über geringe Einkommen und sind ebenso überproportional von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen. Hinzu kommen Diskriminierungserfahrungen auf dem Wohnungsmarkt, so dass Einwander*innen über eine eingeschränkte Auswahl an Wohnstandorten verfügen und stärker auf informelle Netzwerke bei der Wohnungssuche angewiesen sind (Farwick 2012, Friedrichs/Triemer 2008, Häußermann/Siebel 2004). Diese Einschränkungen führen dazu, dass ethnische residenzielle Segregation stark mit einer Segregation nach sozialer Lage korreliert. In der Überlagerung von ethnisch-kultureller und sozialer Segregation treffen Personengruppen aufeinander, die multiplen Ausgrenzungsdynamiken unterliegen, so dass es zu einer räumlichen Kumulation diverser Dimensionen der Benachteiligung kommt (Farwick 2014, Goebel/Hoppe 2015, Helbig/Jähnen 2018, Janßen/Schroedter 2007). Diese räumliche Verdichtung von Exklusionsfaktoren kann individuelle Benachteiligungen noch verstärken, negative soziale Lagen verhärten und die gesellschaftliche Integration der Bewohner*innen eines Viertels erschweren. Zudem birgt die Verdichtung sozialer Problemlagen an Orten, an denen zahlreiche teils divergierende Lebensstile und Alltagskulturen aufeinandertreffen, besondere Konflikt- und Verunsicherungspotenziale. Denn hier ist, wie wir bereits dargestellt haben, die zu erwartende Ambiguitätstoleranz unter den Bewohner*innen tendenziell eher gering. Gleichzeitig begünstigt die Erfahrung gesellschaftlicher Exklusion Ressentiments gegen als fremd erlebte Andere und macht sie zum Gegenstand von Verunsicherungen.

Obwohl inzwischen auch positive Effekte sozialer und ethnischer Segregation festgestellt und anerkannt werden, hat ein Fokus auf die negativen Effekte sozial und ethnisch-kulturell segregierter Quartiere dazu geführt, dass stadtpolitisch ein Primat der sozialen und ethnischen Mischung festzustellen ist (Münch 2014, Schader-Stiftung et al. 2005). Sozial und ethnisch gemischte Quartiere gelten sowohl für die soziale als auch für die kulturelle Integration als förderlich. Gemäß der Kontakthypothese (siehe Kap. 3.2) wird angenommen, dass räumliche Nähe die Überwindung sozialer und kultureller Distanz erleichtert. Daraus folgend soll der Kontakt zwischen Personen verschiedener sozialer Lagen und Milieus sowie ethnisch-kultureller Herkünfte Benachteiligungen mildern und Ausgrenzungsdynamiken abschwächen. Begegnungen mit dem Anderen sollen demnach soziale Beziehungen herstellen und die Bildung von Sozialkapital im Sinne von sozialem Vertrauen fördern und folglich den nachbarschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt verbessern (Dangschat 2017, Dangschat/Alisch 2014; Häußermann/Siebel 2004). Dieser Wirkungszusammenhang soll sich schließlich auch positiv auf die soziale Kontrolle im Quartier und das subjektive Sicherheitsgefühl auswirken. So formuliert der Deutsche Städtetag (2017: 4):

> „Die präventive Verhinderung von Kriminalität und die Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Bürgerinnen und Bürgern kann nur gelingen, wenn sie eingebettet ist in eine erfolgreiche Politik der Stadtentwicklung und Stadtplanung. Hier steht insbesondere das Ziel städtebaulicher Nutzungsmischung und sozialer Vielfalt im Vordergrund, um Lebendigkeit und Lebensqualität in Quartieren zu sichern und der Entstehung sozialer Problemlagen entgegenzuwirken."

Tatsächlich sind die integrativen Effekte, wie sie die Kontakthypothese annimmt, voraussetzungsvoll und keineswegs eindeutig. Räumliche Nähe führt nicht zwingend zu Kontakten und Beziehungen, die soziales Vertrauen

begünstigen und Nachbarschaftlichkeit fördern (Dangschat 2017, Dangschat/Alisch 2014, Senat Berlin 2013). Dementsprechend geht die Konflikthypothese (siehe Kap. 3.2) vielmehr davon aus, dass die räumliche Nähe verschiedener sozialer und ethnischer Gruppen ebenso zu verstärkter Verunsicherung und Konflikten führen kann. Vor allem wenn Gruppen aufeinandertreffen, die unterschiedlichen Benachteiligungen und Ausgrenzungsdynamiken unterliegen und möglicherweise um Ressourcen konkurrieren. So weisen Poutvaara et al. (2015) beispielsweise darauf hin, dass es einen engen Zusammenhang zwischen einem Gefühl der autochthonen Bevölkerung, gesellschaftlich benachteiligt zu werden, und ablehnenden Einstellungen gegenüber Zuwander*innen und Zuwanderung gibt. In der sozialwissenschaftlichen Debatte gerät die Annahme, dass eine urbane Mischung als soziale, kulturelle und ethnische Mischung grundsätzlich förderlich auf die soziale und kulturelle Integration wirkt, folglich zusehends in die Kritik. Auch liegen eindeutige empirische Befunde, die die Kontakthypothese bestätigen, nicht vor. Es gibt keine Grenzwerte für bestimmte soziale Milieus oder ethnische Gruppen, die festlegen würden, ab wann eine problematische oder eine günstige soziale oder ethnische Mischung vorliegt. Vielmehr sind es komplexe lokale Kontexte, Interaktionen, Ressourcenausstattungen und Dynamiken, die Quartiersleben gelingen lassen und Integration sowie Lebensqualität vor Ort unterstützen und verbessern können (Dangschat 2017, Dangschat/Alisch 2014, Häußermann/Siebel 2004). Räumliche Distanzen zwischen Menschen und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen alleine geben keine Auskunft über die Möglichkeit gelingenden oder misslingenden Zusammenlebens. Es kommt vielmehr darauf an, wie die Beziehungen zwischen ihnen ausgestaltet werden (Häußermann/Siebel 2001).

In der Debatte um soziale Ungleichheit und Integration in der Stadt werden daher auch positive Aspekte der räumlichen Konzentration bestimmter sozialer und ethnischer Gruppen benannt. So können lokale Netzwerke Wissen und Ressourcen zur Verfügung stellen, die die Integration und Lebensbewältigung erleichtern. Im Fall der sozialen Segregation muss hier allerdings darauf hingewiesen werden, dass in Gruppen, die von Ressourcenmangel und Ausgrenzungsprozessen betroffen sind, in der Regel eben lediglich Ressourcen geringer Quantität und Qualität getauscht und einander zur Verfügung gestellt werden können. Dies erleichtert möglicherweise zwar die Lebensbewältigung, stärkt aber unter Umständen auch die Binnenorientierung zum eigenen Milieu, begünstigt den dortigen Verbleib und erschwert damit soziale Mobilität (Wiley 1967).

Insbesondere für die Integration von Zuwander*innen wird ethnisch segregierten Gebieten jedoch eine bedeutsame Rolle zugeschrieben, da sie als Brücke in die neue Heimat dienen können. So betonen Farwick (2014) sowie Gestring (2014), dass die soziale Segregation benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen ihrerseits nachweislich benachteiligend wirken kann, während eine desintegrative Wirkung ethnisch-kultureller Segregation lediglich angenommen wird, wenn eine dauerhafte Binnenorientierung der Migrant*innen ethnischer Gemeinschaften besteht. Einwanderungsquartiere bilden wichtige Ankunftsorte, die Neuankömmlingen als Schutzräume dienen, in denen neue Werte und Verhaltensweisen erprobt und erlernt und Alltagswissen getauscht werden können. Weiter bieten ethnisch segregierte Viertel infrastrukturelle Leistungen, die die Ankunft und Integration erleichtern, und ermöglichen einen niedrigschwelligen Zugang zum Arbeitsmarkt in ethnischen Ökonomien. Ethnisch geprägte Netzwerke und Vereine können zudem die politische Teilhabe ermöglichen und den Dialog mit der Stadtgesellschaft fördern (Dangschat 2017, Farwick 2014, Häußermann/Siebel 2004). Migrant*innenviertel können die Ankunft und Integrati-

on von Zuwander*innen demnach erleichtern und leisten somit wichtige Funktionen nicht nur für migrantische Communities, sondern auch für die gesamte Stadtgesellschaft. Allerdings weisen Esser (1986) und Heitmeyer (1998) darauf hin, dass eine dauerhafte Binnenorientierung von Migrant*innen hin zu ihren jeweiligen ethnischen Communities eine nachhaltige Integration erschweren kann. Sie betonen daher die Notwendigkeit, dass es sowohl seitens der Aufnahmegesellschaft als auch seitens der migrantischen Gemeinden einen Willen zu interethnischem und interkulturellem Austausch geben muss. Mit Blick auf die Überlagerung von ethnisch-kultureller und sozialer Segregation merkt Farwick (2012) allerdings kritisch an, dass diese Bereitschaft in segregierten Quartieren womöglich am wenigsten zu erwarten ist, da Zuwander*innen hier tendenziell eher als Bedrohung und Konkurrenz wahrgenommen werden.

Es ist deutlich geworden, dass soziale und ethnisch-kulturelle Diversität in besonderem Maß in bestimmten Vierteln von Städten anzutreffen sind. Häufig sind dies Quartiere, in denen Gruppen aufeinandertreffen, die von verschiedenen Ausgrenzungsdynamiken beispielsweise entlang der Dimensionen Einkommen, Bildungsstand, ethnisch-kulturelle Zugehörigkeit oder Alter betroffen sind. Die Folgen einer solchen sozialräumlichen Segregation sind vielfältig ambivalent. Segregierte Nachbarschaften bieten ihren Bewohner*innen Chancen; sie stellen sie aber auch vor Herausforderungen. Sie können Räume des Kontakts, der Integration und Identifikation bilden; sie können aber auch Konflikte, Verunsicherungen und den Rückzug in das Private oder das eigene Milieu begünstigen. Sie können wahrgenommen werden als Orte einer gelingenden urbanen Vielfalt, die der ganzen Stadtgesellschaft zugute kommt, oder als Viertel in denen sich „Parallelgesellschaften“ bilden, deren Verhaltensweisen und Wertvorstellungen unvereinbar sind mit allgemeinverbindlichen Normen und Gesetzen, und die folglich als gefährliche Räume wahrgenommen werden. Diese vielfältige Ambivalenz ist einer der Gründe, warum Wohnquartiere zentrale Orte für kommunale integrationspolitische und auch sicherheitsrelevante Interventionen sind.

Handlungsfelder, die vor dem Hintergrund super-diverser Stadtgesellschaften und -quartiere an Bedeutung gewinnen, sind die Bereiche soziale Kohäsion, Nachbarschaftlichkeit und urbane Sicherheit. Die Vervielfachung und damit zunehmende Uneindeutigkeit von Normen und Werten, die das Zusammenleben in Quartieren und im öffentlichen Raum der Stadt regeln, mindern die wahrgenommene Erwartbarkeit von Verhaltensweisen und Handlungen, denen man im städtischen Raum und im eigenen Wohnumfeld begegnen kann. Folglich kann es zu einem Verlust von sozialem Vertrauen und somit zu einer Beeinträchtigung funktionierender Nachbarschaftlichkeit und folglich der informellen sozialen Kontrolle in Quartieren und öffentlichen Räumen kommen. Zudem können divergierende Raumanforderungen verschiedener sozialer Gruppen zu Nutzungskonflikten führen, so dass es zu Konkurrenz um Räume und Ressourcen kommt. Solche Konflikte und die Anwesenheit als fremd wahrgenommener Personen, Gruppen und Verhaltensweisen können das Sicherheitsempfinden von Bewohner*innen und Nutzer*innen des öffentlichen Raums einschränken und als Bedrohung empfunden werden. Das Resultat kann ein Rückzug in das Private oder das Vermeiden bestimmter Orte sein. Das bedeutet eine deutliche Einschränkung der Lebensqualität im Quartier. Solche Entwicklungen begünstigen im Verbund mit der räumlichen Kumulation gesellschaftlicher Ausgrenzungsdynamiken womöglich auch negative Kriminalitätsentwicklungen, die es zu verhindern gilt, um lebenswerte Quartiere und Städte zu erhalten. Daher sollten die Teilhabemöglichkeiten aller gesellschaftlichen Gruppen in herausgeforderten Quartieren verbessert werden, und Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen sollten bereits frühzeitig durch kommunale Ak-

teur*innen vermittelt werden. Dabei ist es wichtig, die verschiedenen Ansprüche und Anforderungen, die die unterschiedlichen Gruppen an den Sozialraum stellen, zu ermitteln und gemeinsam diversitätsorientierte Konzepte zu entwickeln, um Konflikte zu lösen oder zu vermeiden.

Hier ist festzuhalten, dass Sicherheit lediglich eine Anforderung unter vielen sein kann und dass die Frage, was als sicher oder bedrohlich empfunden wird, nicht eindeutig zu beantworten ist, vor allem da nicht, wo soziale, ethnisch-kulturelle und lebensstilistische Vielfalt aufeinandertreffen. Mit der zunehmenden Diversität der Stadtgesellschaft werden Aushandlungsprozesse somit tendenziell komplexer, doch sie bieten auch die Gelegenheit, Kooperationen, Begegnungen und ganzheitlichere Lösungen zu ermöglichen, die Vertrauen, Nachbarschaftlichkeit und das Sicherheitsgefühl im Quartier stärken. Den Kommunen kommen bei der Entwicklung und Umsetzung solcher diversitätsorientierter Sicherheitsstrategien und Aushandlungsprozesse, die zur Gestaltung lebenswerter Städte für alle beitragen, wichtige Aufgaben zu.

Das zeigen auch die folgenden Beispiele aus der kommunalen Praxis, die diversitätsorientierte Maßnahmen, Strategien und Verfahren abbilden, die sich mit den Herausforderungen für Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in superdiversen Stadtquartieren auseinandersetzen.

5. Vielfalt, Sicherheit und Nachbarschaftlichkeit - Praxisbeispiele

In den vorherigen Kapiteln wurden die Verknüpfungen zwischen gesellschaftlicher Vielfalt und urbaner Sicherheit, vor allem in Bezug auf Nachbarschaftlichkeit, Lebensqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Stadtquartieren, als kommunale Handlungsfelder dargestellt. Im Folgenden führen wir Beispiele aus der kommunalen Praxis an, die diese Darstellungen illustrieren sollen. Sie wurden im Rahmen der explorativen Felderschließung durch eine Literatur-, Online- und Datenbankrecherche sowie durch Expert*inneninterviews im Projekt DIVERCITY identifiziert. Sie stellen weniger eine Sammlung von Beispielen guter Praxis oder eine systematische Aus- und Bewertung vorhandener Strategien und Maßnahmen im Bereich Vielfalt und Sicherheit dar als vielmehr einen Versuch, die Spannbreite kommunalen Handelns zu umreißen.

Bei den ausgewählten Beispielen handelt es sich um Ansätze, die Elemente diversitätsorientierter Sicherheitsstrategien aufgreifen. Darunter verstehen wir Maßnahmen, die die Unterschiede verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und ihr Recht auf Stadt anerkennen. Damit geht auch die Anerkennung verschiedener Nutzungsansprüche, Raumanforderungen und Werthaltungen sowie Sicherheitswahrnehmungen und -bedürfnisse einher, ohne deren Legitimität zu hierarchisieren. Stattdessen sollten da, wo sicherheitsrelevante Entwicklungen und Konflikte auftreten, die lokalen Konflikt- und Problemkonstellationen offen analysiert werden, um Lösungen gemeinsam mit den beteiligten Gruppen zu erarbeiten. Eine wichtige Rolle kommt hier der Vermittlung verschiedener Positionen und Anforderungen sowie der Schaffung von Begegnungs- und Kommunikationsmöglichkeiten zu. So können Verständnis und Vertrauen zwischen verschiedenen Gruppen

verbessert und damit die soziale Kohäsion im Quartier und in der Stadtgesellschaft gestärkt werden. Dabei sollten diversitätsorientierte Vorgehensweisen aktuelle und konkrete Problemlagen und Bedingungen vor Ort erfassen und entsprechende Maßnahmen und Kooperationen entwickeln und umsetzen. Gleichzeitig sollten sie einer strategischen Ausrichtung folgen, um Konflikte und Verunsicherungen auch in Zukunft zu verringern und einzuhegen. Dabei ist festzuhalten, dass die Erfahrung von Differenz und damit einhergehende Verunsicherungen konstitutive Aspekte urbanen Lebens sind, die weder vollständig vermieden werden können noch sollten. Konflikte können da, wo sie nicht als gewalttätige Auseinandersetzungen stattfinden, vielmehr durchaus erwünscht sein und als Ausdruck von Beteiligung und gelingender Integration angesehen werden, die auch in der Konfrontation verschiedener Lebenswelten, Werthaltungen und Alltagspraxen besteht (vgl. El-Mafaalani 2018). Wird eine Vermittlung von Konflikten jedoch notwendig und ist sie möglich, dann ist es zielführend, sowohl eine breite Einbeziehung der verschiedenen betroffenen Institutionen und Gruppen vor Ort zu erreichen als auch eine Vorgehensweise in der Verwaltung, die möglichst alle relevanten Akteur*innen integriert. Denn kooperativ ausgerichtete diversitätsorientierter Sicherheitsstrategien sind in besonderem Maße dazu geeignet, zu einer nachhaltigen Verbesserung der Sicherheit in Stadtquartieren und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in superdiversen Stadtgesellschaften beizutragen. Aushandlungsprozesse, wie sie im Rahmen diversitätsorientierter Sicherheitsstrategien angestrebt werden, können sich aber zwangsläufig nur auf Gegenstände beziehen, die lokalen Aushandlungen über Werte, Normen und Verhaltensweisen unterliegen. Dazu gehören beispielsweise Nutzungskonflikte und abweichendes Verhalten unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit. Unberührt davon bleibt der Umgang mit unterschiedlichen Erscheinungsformen der Kriminalität nach geltendem Recht. Zudem müssen die demokratisch-freiheitlichen Grundwerte des Zusammenlebens als unantastbare Leitlinien der lokalen Verhandlungen von Werten und Normen dienen, so etwa Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde, individuelle Selbstbestimmung sowie Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit jedes*r Einzelnen.

Der Blick in die Praxis zeigt, wie vielfältig das Spektrum kommunaler Aktivitäten ist, wenn es um Fragen von Kriminalprävention, Sicherheit im Stadtquartier und Nachbarschaftlichkeit vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Vielfalt geht. Die Tätigkeiten kommunaler Akteur*innen umfassen Maßnahmen wie:

- die Individualprävention in der Kriminal-, Gewalt- und Radikalisierungsprävention mit integrativer Ausrichtung,
- die Gemeinwesen- und Sozialarbeit in Quartieren,
- bauliche-gestalterische Maßnahmen der Kriminalprävention und zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit und
- repressive Ordnungsmaßnahmen zur Durchsetzung geltender Regeln und Normen.

So vielfältig wie die kommunalen Tätigkeitsbereiche sind auch die Akteurskonstellationen, die darin vorzufinden sind. Sie umfassen Polizei und Ordnungsämter, Stadtplanung und -entwicklung, Akteur*innen der Integration und Migration sowie Institutionen des 3. Sektors und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und Bewohnerschaft von Städten und Stadtquartieren.

Beispiele aus dem Kreis Offenbach und Chemnitz machen deutlich, wie eng im Bereich der Individualprävention Kriminalprävention, Demokratieförde-

rung und Persönlichkeitsbildung miteinander verbunden sein können, wenn es um Fragen gesellschaftlicher Vielfalt geht.

So befasst sich beispielsweise das Projekt „PRO Prävention“ im Kreis Offenbach bei der Arbeit mit Jugendlichen mit Themen wie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung, religiöse Konflikte, religiöser Extremismus und religiöse Radikalisierung. Das Projekt trägt damit einerseits zur Radikalisierungsprävention und Extremismusbekämpfung vor allem unter muslimischen Jugendlichen bei, andererseits geht es darum, Konflikten zwischen Einzelnen und Gruppen vorzubeugen oder zwischen ihnen zu vermitteln.[1] Ziel ist es, so den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. PRO Prävention ist dem Fachdienst Integrationsbüro des Kreises Offenbach zugeordnet und fungiert sowohl als Koordinator verschiedener Projekte, Maßnahmen, Workshops und Informationsveranstaltungen als auch als Anlauf- und Beratungsstelle für Jugendliche, Fachkräfte und Ehrenamtliche aus der Zivilgesellschaft, aus dem 3. Sektor sowie aus der kommunalen Fachverwaltung. Laut „PRO Prävention“ werden die Angebote des Programms von den verschiedenen Zielgruppen gut angenommen und stoßen auf positive Resonanz der Teilnehmenden.[2] Im Rahmen des Projektes wurde unter anderem die Initiative „Lokale Identität und Wir-Gefühl in einer pluralistischen Gesellschaft“[3] durchgeführt. Hier diskutierten Jugendliche Fragen von Identität, Diversität und (lokaler) Zugehörigkeit, um sowohl die Akzeptanz von Differenz unter den Jugendlichen als auch ihr Gefühl einer lokalen Zugehörigkeit zu stärken und damit ihre Bereitschaft zu erhöhen, sich in ihren Quartieren zu engagieren und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort zu fördern. Die Veranstalter*innen des Projekts bemerken die Schwierigkeit, den Erfolg von Präventionsarbeit zu evaluieren. Sie berichten aber davon, dass einige der Teilnehmenden des Projekts auch über das Projektende hinaus mit ihnen in Verbindung geblieben sind und sich an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und Initiativen beteiligen.

Chemnitz wurde 2018 zum Symbol fremdenfeindlicher Gewalt. Nach dem gewaltsamen Tod eines Deutschen, bei dem ein syrischer und ein irakischer Geflüchteter tatverdächtig sind, kam es in der Stadt über mehrere Tage zu rechtsextremen Versammlungen, Demonstrationen und Ausschreitungen. Im Zuge derer fanden auch mehrfach Übergriffe auf Zuwanderer*innen statt. In der Folge wurde über Chemnitz als eine Stadt berichtet, die zu einem Zentrum des Rechtsextremismus in Deutschland geworden ist und in der Fremdenfeindlichkeit in die gesellschaftliche Mitte gerückt ist. Dennoch gibt es in Chemnitz zahlreiche gesellschaftliche und politische Gruppen, die sich aktiv gegen Fremdenhass und Rechtsextremismus engagieren (Connolly 2018, Maxwill 2019, mdr 2019, Zeit Online 2018). Und auch seitens der Stadtverwaltungen gibt es Initiativen und Maßnahmen, um Rassismus und Rechtsextremismus zu bekämpfen und Toleranz und Demokratie zu fördern. So wurde der „Lokale Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit der Stadt Chemnitz (LAP)“ ins Leben gerufen.[4] Der Aktionsplan ist nicht nur ein Strategiepapier, das den Rahmen der Förderung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens in Chemnitz bildet, sondern bezeichnet auch das kommunale Netzwerk zu dessen Umsetzung. Es ist angesiedelt beim Kom-

1 https://www.kreis-offenbach.de/Pro-Pr%C3%A4vention

2 https://www.kreis-offenbach.de/Themen/Migration-Inte-gration/PRO-Pr%C3%A4vention/Pr%C3%A4ventionsarbeit-auf-erfolgreichem-Weg.php?object=tx,2896.5&ModID=7&FID=2896.6698.1&NavID=2896.417&La=1

3 https://www.ufuq.de/lokale-identitaet-ein-thema-fuer-die-praeventionsarbeit-auf-kommunaler-ebene/

4 https://www.chemnitz.de/chemnitz/de/unsere-stadt/ordnung-und-sicherheit/demokratiefoerderung/koordinierungsstelle-lap/index.html

munalen Präventionsrat der Stadt, der wiederum dem Dezernat für Recht, Sicherheit und Umwelt zugeordnet ist. Der LAP wird im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des BMFSJF gefördert und vergibt Fördermittel für lokale Projekte der Demokratieförderung, Demokratiebildung und Gewaltprävention.[5] Darüber hinaus koordiniert der LAP die Umsetzung der Projekte und leistet Netzwerkarbeit in der kommunalen Verwaltung und in der Zivilgesellschaft sowie zwischen diesen Ebenen. Dabei wird er von einem Begleitausschuss unterstützt, der sich aus Vertreter*innen der Fachverwaltung sowie der Zivilgesellschaft zusammensetzt. Die in Chemnitz durchgeführten Projekte reichen von Kunstprojekten über Informationsveranstaltungen bis zu Workshops und Bildungsfahrten. Die Aktionen werden von verschiedenen Akteur*innen der Zivilgesellschaft durchgeführt. Dazu gehören Schulen, Kirchen, Jugendclubs und lokale Partner*innen in den verschiedenen Chemnitzer Stadtgebieten. Die Projekte haben gemein, dass sie darauf abzielen, das gemeinschaftliche Zusammenleben in der Stadt zu stärken, Konflikten vorzubeugen und vor allem fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt entgegenzuwirken, indem das Demokratieverständnis, interkulturelle Toleranz und die Akzeptanz von Differenz gefördert werden. Der LAP bietet hierzu einen flexiblen Rahmen, der durch eine niedrigschwellige Projektförderung durch die verschiedenen Akteur*innen der Zivilgesellschaft gemäß aktueller Bedarfe mit Leben gefüllt wird. Dazu können sich Projektinitiativen aus der gesamten Stadt bewerben. Hier spielt auch die Arbeit in den Quartieren eine wichtige Rolle für den LAP. Denn die Umsetzung des LAP wird nicht zuletzt von zahlreichen Stadtteilarbeitskreisen, Quartiersmanager*innen und Bürgerhäusern getragen und unterstützt. Zudem war der Stadtteil Sonnenberg aufgrund besonders schwerer Probleme mit rechtsextremen Gruppen Schwerpunktgebiet der Projektförderung 2017.

Zahlreiche Kommunen haben bereits umfangreiche Erfahrung in der Extremismusprävention und Demokratieförderung. Lange Zeit war hier vor allem die Arbeit im Bereich der Bekämpfung des Rechtsextremismus zentral, wie es auch im Beispiel aus Chemnitz der Fall ist. Zuletzt sind die Kommunen aber auch vermehrt im Rahmen der Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung mit dem Schwerpunkt Salafismus und Islamismus aktiv geworden. Hier ist auch das oben beschriebene Projekt Pro Prävention des Kreises Offenbach anzusiedeln. Die fortbestehenden Probleme mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Chemnitz zeigen aber auch Grenzen auf, an die kommunales Handeln trotz engagierter Arbeit von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung stoßen kann.

In Dortmund zeigte sich, dass neuzugewanderte Kinder und Jugendliche aus Südosteuropa und Nordafrika vermehrt als Straftäter*innen auffällig wurden. Das führte auch zu einer Verunsicherung der Bevölkerung in den betroffenen Quartieren und verschärfte das Misstrauen gegenüber Zuwanderer*innen. Als Reaktion hierauf wurde von der Stadt Dortmund unter Federführung des Jugendamts und in Kooperation mit der Polizei NRW und einem lokalen sozialen Träger das Projekt „klarkommen – Chancen bieten durch Prävention vor Ort“ eingerichtet.[6] Im Rahmen des vom Innenministerium NRW geförderten Projekts werden verschiedene Integrations- bzw. Präventionsmaßnahmen für straffällige Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, vor allem aus den genannten Herkunftsstaaten, durchgeführt. Dabei werden interkulturell geschulte Sozialarbeiter*innen eingesetzt, die teilweise einen ethnisch-kulturellen Hintergrund mit den Schwerpunktzielgruppen teilen, um Bildungs- und Freizeitangebote in den Wohnquartie-

5 https://www.demokratie-leben.de/

6 https://dortmund.polizei.nrw/artikel/praeventionsprojekt-klarkommen-in-dortmund-schafft-sicherheit-und-foerdert-integration

ren der Adressat*innen anzubieten. Die Angebote richten sich sowohl an Intensivtäter*innen als auch an ihre Peer Group, in der unter anderem sogenannte „Klaukids“ durch Diebstähle aufgefallen sind (Stadt Dortmund 2018), und zielen einerseits auf eine Verbesserung der Integration der Kinder und Jugendlichen durch Bildung und Sprache, andererseits soll aber auch die kulturelle Integration gestärkt werden, indem grundsätzliche Werte und Normen des Zusammenlebens vermittelt werden. Diese Verbindung aus individualpräventiven und sozialintegrativen Maßnahmen soll verhindern, dass die Kinder und Jugendlichen weiter zu Täter*innen werden. Gleichzeitig werden Beratungsangebote für Einwander*innenfamilien eingerichtet, um ihnen die Integration zu erleichtern, damit die Lebenssituation auch der Kinder und Jugendlichen zu verbessern und so Kriminalität zu verhindern. Hierzu werden im Rahmen von „klarkommen“ Stadtteilbüros unterhalten, z.B. in der Dortmunder Nordstadt, einem typischen Ankunftsquartier. Sie dienen als lokale Anlaufstellen in den Einwander*innenquartieren.[7] Laut dem Sachstandsbericht zur Zuwanderung aus Südosteuropa der Stadt Dortmund (2018) wurde im Rahmen der Projektarbeit ein funktionierendes Betreuungsnetzwerk vor allem durch die Kooperation von Polizei, Jugendamt und sozialem Träger geschaffen, das zu einem deutlichen Rückgang von Diebstählen durch Migrant*innen aus Südosteuropa in Dortmund beigetragen hat. Dennoch bleibt die Arbeit vor allem mit strafunmündigen Kindern eine Herausforderung.

In Dortmund war bereits vor der verstärkten Zuwanderung aus Südosteuropa und vor der starken Fluchtmigration der Jahre 2015/16 eine hohe soziale und ethnische Segregation festzustellen, die eine Herausforderung für die Integration von Neuzugewanderten darstellte und Konflikte in den Quartieren begünstigte. Die rapide Zunahme der Einwanderung hat diese Situation noch verschärft – vor allem in innenstadtnahen Ankunftsquartieren mit akkumulierten Problemlagen sowie in Stadtrandquartieren mit mangelnder sozialräumlicher Ausstattung. Daher widmet sich das Projekt „lokal willkommen in Dortmund – das Dortmunder Integrationsnetzwerk“ der Lebenssituation von Geflüchteten in diesen Quartieren.[8] Das Projekt wird vom Sozialamt der Stadt koordiniert und gesteuert und mit lokalen Partner*innen der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege (AGV) durchgeführt. Es zielt in erster Linie auf die Verbesserung der Integration von Geflüchteten. Gleichzeitig beinhaltet das Projekt Instrumente, die dabei helfen, das nachbarschaftliche Zusammenleben in den Quartieren zu stärken, indem lokale Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen entschärft und Begegnungen zwischen Neuankommenden und Bewohner*innen geschaffen werden, um so Vertrauen zwischen ihnen aufzubauen. Mittelbar wird so auch das Sicherheitsempfinden vor Ort gestärkt. „Lokal willkommen“ beruht auf drei Säulen:

- Integrationshindernisse durch Netzwerkarbeit beseitigen,
- Netzwerke ausbauen und pflegen,
- Aufnahmekultur fördern.

Zentral für die Arbeit in diesen Bereichen ist die Einrichtung von sogenannten Willkommensbüros in den wichtigen Wohnquartieren der Geflüchteten. Sie dienen als lokale Anlaufstellen, um die Geflüchteten bedarfsgenau an Akteur*innen im Integrationsnetzwerk zu vermitteln. Dazu gehören zum Beispiel Behörden, Beratungsstellen, Ärzte, Schulen, Bildungsträger, Kultur-

7 https://die-bruecke-dortmund.de/kriminalpraevention/klarkommen.html

8 https://kommunalwettbewerb-zusammenleben.de/wettbewerb/2018/stadt-dortmund

und Sportvereine. Dieses Integrationsnetzwerk wird von den Beschäftigten in den Willkommensbüros laufend gepflegt und ausgebaut. Nicht zuletzt dienen die lokalen Anlaufstellen der Förderung der Aufnahmekultur vor Ort, indem sie als Begegnungsorte fungieren, gemeinsame Aktivitäten für Neuzugewanderte und die ansässige Bevölkerung organisieren und als Anlauf- und Informationsstellen für die gesamte lokale Bewohnerschaft in Fragen aktueller Entwicklungen im Quartier, die mit Zuwanderung im Zusammenhang stehen, offen ist. Darüber hinaus bieten sich die Willkommensbüros als Vermittler bei Konflikten und Spannungen in ihren Quartieren an. Diese Verbindung aus Integrationsmaßnahmen zur Verbesserung der Lebenslagen Geflüchteter, Netzwerkarbeit zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit sowie Stärkung des Vertrauens zwischen verschiedenen Gruppen im Quartier durch Begegnung und Vermittlung wirkt sich auch positiv auf die lokale Sicherheitslage aus, indem das subjektive Sicherheitsgefühl gestärkt wird – da wo es durch Konflikte beeinträchtigt war und wo es durch den starken Zuzug neuer Bewohner*innen zu einem Verlust nachbarschaftlichen Vertrauens und zu vermehrten Konflikten gekommen war. Die Jury des Bundeswettbewerbs „Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten“ lobt das Projekt „lokal willkommen in Dortmund“ für den gelungenen Abbau von Integrationshemmnissen durch die Arbeit in den Ankunftsquartieren und die Verbesserung der kommunalen Kooperation und Vernetzung relevanter Akteur*innen der Integration.[9] Darüber hinaus sind im Rahmen des Projektes zahlreiche Maßnahmen der Begegnung zwischen der etablierten Bewohnerschaft und den Geflüchteten durchgeführt und etabliert worden, die Vorbehalte und Verunsicherungen erfolgreich abbauen konnten. Die Entwicklung und Umsetzung von Integrations- und Hilfsmaßnahmen in den Ankunftsquartieren von Einwander*innen, wie wir sie auch in den Beispielen aus Dortmund finden, ist ein wichtiges Instrument, um einerseits die adressierten Zielgruppen niedrigschwellig zu erreichen und andererseits Kontakte zwischen den verschiedenen Bewohner*innengruppen der Quartiere herzustellen und so Nachbarschaftlichkeit zu fördern.

Die große Bedeutung, die dem Thema urbane Sicherheit in Dortmund zugeschrieben wird, zeigt sich auch in der Entwicklung des Dortmunder Masterplans Kommunale Sicherheit.[10] Bereits im Dezember 2015 forderte der Rat der Stadt die Verwaltung auf, ein integriertes Sicherheitskonzept zu entwerfen. Nach umfangreichen Beteiligungsmaßnahmen, durch die mit dem Thema Sicherheit betraute Behörden, verschiedene (zivil)gesellschaftliche Gruppen sowie über sogenannte Quartierlabore die Dortmunder Bewohnerschaft in die Entwicklung des Masterplans einbezogen wurden, konnte der Rat das umfangreiche Sicherheitskonzept für Dortmund im November 2018 verabschieden. Der Masterplan Kommunale Sicherheit umfasst ein breites Spektrum kommunaler Handlungsfelder von der Kriminalitätsbekämpfung und -prävention sowie öffentlichen Ordnung über die Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung, die Gestaltung und Pflege öffentlicher Räume, die Förderung von Nachbarschaftlichkeit in Stadtquartieren, die Integration, die Extremismusbekämpfung, den Katastrophenschutz bis hin zur Verstärkung der Zusammenarbeit in der Verwaltung und der Zivilgesellschaft sowie zur Verbesserung der Informationslage in der Verwaltung bezüglich aktueller sicherheitsrelevanter Entwicklungen in Stadtgesellschaft und Stadtraum. Dabei zeigte sich bereits im breit angelegten Partizipationsprozess, dass Sicherheit in Dortmund als eine Querschnittsaufgabe verstanden wird, die zahlreiche Ak-

9 https://kommunalwettbewerb-zusammenleben.de/preistraeger/2018/stadt-dortmund

10 http://www.dialoggestalter.de/fileadmin/Media/Downloads/Masterplan_Kommunale_Sicherheit.pdf

teur*innen in der Verwaltung und in der Stadtgesellschaft betrifft. Darüber hinaus wurden die verschiedenen Perspektiven und Bedürfnisse in Bezug auf Sicherheit, die in einer diversen Stadt anzutreffen sind, anerkannt, indem beispielsweise der Integrationsrat, der Seniorenrat und die Arbeitsgruppe Diversität der Stadt Dortmund in den Diskussionsprozess zur Entwicklung des Masterplans Kommunale Sicherheit einbezogen wurden. Auch die Durchführung von „Quartierlaboren", in denen die Bewohner*innen verschiedener Stadtquartiere ihre Blickwinkel auf die Zusammenhänge zwischen Sicherheit, der Qualität öffentlicher Räume und dem Zusammenleben im Quartier einbrachten, stellte den Versuch dar, die Perspektivenvielfalt bezüglich Sicherheit in der Stadtgesellschaft einzufangen und in die kommunale Praxis einzubinden. Die Stadt Dortmund ist nicht alleine mit dem Versuch, ein kommunales Sicherheitskonzept zu entwickeln, doch die breit angelegte Einbeziehung verschiedener Akteur*innen und Gruppen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Bewohnerschaft, die den Dortmunder Masterplan Kommunale Sicherheit auszeichnet, macht ihn zu einem besonders interessanten Beitrag und Baustein zur Entwicklung diversitätsorientierter Sicherheitsstrategien.

Die Wilhelm-Leuschner-Straße in Emden ist eine Großwohnsiedlung der 1970er-Jahre. Sie liegt im Stadtteil Borssum. Die Siedlung verfügt über bauliche und infrastrukturelle Mängel und ist sozialräumlich schlecht ausgestattet. Die Struktur der Bewohnerschaft ist charakterisiert durch viele ältere Menschen, Bezieher*innen von Transferleistungen sowie kinderreiche Familien mit Zuwanderungsgeschichte. Es ist ein starker Zuzug von Geflüchteten zu verzeichnen, der zuerst zahlreiche alleinstehende junge Männer in die Siedlung brachte, deren Anteil nun aufgrund des Familiennachzugs aber langsam abnimmt. Es wird zudem eine verstärkte Zuwanderung aus Südosteuropa erwartet. Diese dynamische Veränderung der Bewohnerschaft hat vermehrt zu Verunsicherungen und Konflikten im Quartier geführt, die sich zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen sowie zwischen verschiedenen migrantischen Bevölkerungsgruppen zugetragen haben. Dieser Herausforderung wird durch die Etablierung und Stärkung der Gemeinwesenarbeit vor Ort durch die Einrichtung des „Leuschnertreff – mehr als Wohnen" begegnet.[11] Teile der Gemeinwesenarbeit richten sich gezielt an die Bedürfnisse von Geflüchteten und versuchen deren Integration in den Bildungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern, indem lokale Beratungs- und Hilfsangebote ausgerichtet werden. Dazu wurde ein Nachbarschaftstreff eingerichtet. Gleichzeitig wird in diesem Treff sowie durch aufsuchende Sozialarbeit über grundsätzliche Regeln des Zusammenlebens aufgeklärt, beispielsweise in Bezug auf Müllentsorgung. In diesem Zusammenhang gibt es auch eine Kooperation mit dem örtlichen Entsorgungsunternehmen. Eine weitere wichtige Aufgabe der Gemeinwesenarbeit ist die Vermittlung bei Konflikten zwischen verschiedenen Bewohner*innen und Bewohner*innengruppen. Hier ist sie auch aufsuchend und gegebenenfalls mit Sprachvermittler*innen tätig. Lösungen werden gemeinsam mit den Betroffenen gefunden und umgesetzt, teilweise unter Mitarbeit beispielsweise von Hausverwaltungen, Vermieter*innen und Hausmeister*innen. Zudem organisiert die Gemeinwesenarbeit gemeinsam mit der Bewohnerschaft Feste und Aktivitäten, die der Begegnung der verschiedenen Bewohner*innen dienen, um Vertrauen und Nachbarschaftlichkeit zu stärken. Dazu gehören unter anderem Nachbarschaftsaktionen zur Wohnumfeldverbesserung. Mit dieser breiten Palette an Angeboten und Tätigkeiten von Integrationsmaßnahmen über Konfliktvermittlung und Begegnungsmöglichkeiten bis hin zu Aktionen der Wohnumfeldverbesserung leistet die Gemeinwe-

11 https://lag-nds.de/projekt/945/miteinander-leben-emden-leuschnertreff-mehr-als-wohnen

senarbeit am Leuschnertreff auch wichtige Beiträge zur Verbesserung von Vertrauen, Nachbarschaft und sozialem Zusammenhalt vor Ort. Damit schafft sie Voraussetzungen für die Erhöhung der (subjektiven) Sicherheit in einem Quartier, dass sich durch Spannungen, Konflikte und Verunsicherungen auszeichnet, die zwischen verschiedenen Bewohner*innengruppen bestehen, und dessen baulich-gestalterische Mängel sich negativ auf das Sicherheitsempfinden seiner Bewohner*innen auswirkten. Doch obwohl zahlreiche erfolgreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Nachbarschaftlichkeit und des Wohnumfelds im Quartier durchgeführt und vielfältige Beratungs- und Integrationsangebote etabliert wurden, bleibt die Stärkung des Miteinanders der verschiedenen Bewohner*innengruppen im Quartier eine Herausforderung für die Gemeinwesenarbeit. Das ist insbesondere in der hohen Fluktuation der Bewohnerschaft begründet, die bedingt, dass die Gemeinwesenarbeit mit dynamischen Problemkonstellationen vor Ort umgehen muss.

Dabei ist die Arbeit am Leuschnertreff Teil einer breiten Strategie zur Stärkung der Gemeinwesenarbeit in herausgeforderten Quartieren in Emden, die sich auch durch eine besondere gesellschaftliche Vielfalt auszeichnen. So werden beispielsweise auch im Rahmen der Initiative „Lebenswertes Borssum“ zahlreiche Angebote entwickelt und bereitgestellt, die sich teilweise an die spezifischen Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen richten (Kinder, Alte, Zugewanderte, bildungsferne Personen und Gruppen u.a.), sich Konflikten zwischen diesen Gruppen widmen, auch in Kooperation mit Ordnungsamt und Polizei,[12] oder die Begegnung und Zusammenarbeit der Bewohnerschaft stärken sollen, um das nachbarschaftliche Zusammenleben, die lokale Identität sowie das Vertrauen und den Zusammenhalt in den Quartieren zu verbessern.[13] Dieser Fokus auf die Gemeinwesenarbeit im Umgang mit Herausforderungen für besonders diverse Quartiere spiegelt sich auch im Aufbau eines Fachdienstes Gemeinwesenarbeit in der kommunalen Verwaltung wider. Der Fachdienst soll die verschiedenen Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit in Emden koordinieren und verbessern sowie die Interessen der Bewohnerschaft sowohl in der Verwaltung als auch in der Öffentlichkeit sichtbar machen.[14] Wenn die Stärkung der Gemeinwesenarbeit in herausgeforderten Quartieren, die sich durch eine besondere gesellschaftliche Vielfalt auszeichnen, auch ein typischer Ansatz in den Kommunen ist, so stellt die umfassende Strategie zur Verbesserung und Koordination der Gemeinwesenarbeit in verschiedenen Stadtquartieren durch eine zentrale Stelle in der Stadtverwaltung doch eine interessante Neuerung im kommunalen Vorgehen dar.

In Berlin-Reinickendorf gab es rund und den Letteplatz zahlreiche Konflikte insbesondere zwischen älteren deutschen Bewohner*innen, türkischen sowie arabischen Familien mit Kindern und Gruppen von Trinker*innen, die sich an dem Platz aufhielten. Es kam vor allem zu Raum- und Nutzungskonflikten sowie Spannungen bzgl. divergierender Vorstellungen von akzeptablen Verhaltensweisen am Platz. Der Platz selber wies starke bauliche Mängel auf, die solche Konflikte teilweise begünstigten und Verunsicherungen verschärften. So gab es keine baulich-gestalterische Trennung für verschiedene Nutzungen des Platzes; es fehlte ausreichende Beleuchtung und uneinsichtige Ecken sowie verwahrloste Bereiche schafften Angsträume. Um diesen Missständen zu begegnen, wurden im Rahmen des Städtebaufördeungsprogramms „Soziale Stadt“ umfangreiche Maßnahmen ergriffen, die vor allem eine Verbesserung der baulich-gestalterischen Situation am Platz

12 https://www.gwa-nds.de/antrag/lebenswertes-borssum-857
13 https://www.gwa-nds.de/antrag/lebenswertes-borssum-2018-1011
14 https://www.gwa-nds.de/antrag/quartiersbruecken-emden-2018-1014

anstrebten. Dazu wurde ein Ideenwettbewerb durchgeführt, der die Quartiersbewohner*innen dazu einlud, Angsträume, Problemzonen und Konfliktbereiche zu benennen und Wünsche für die weitere Gestaltung des Platzes zu äußern. Auf Basis der gesammelten Vorstellungen wurden fünf Landschaftsplanungsbüros aufgefordert, Entwürfe für die Umgestaltung des Platzes einzureichen. Die Entwürfe wurden mit den Bewohner*innen diskutiert, so dass diese eine Umsetzungsempfehlung für den Bezirk aussprechen konnten. Die Umgestaltung des Platzes führte zu einer deutlichen Aufwertung der Aufenthaltsqualität. Es wurden räumlich getrennte Nutzungsbereiche eingerichtet, die zwischen Spiel und Bewegung, Aufenthalt und Ruhen sowie Möglichkeiten zum Flanieren unterscheiden und so Nutzungskonflikte entzerren. Gleichzeitig wurden Angsträume behoben und neue Stadtmöbel und Spielgeräte installiert. Mit diesen Maßnahmen wurde der Letteplatz zu einem Quartiersplatz, der den Anforderungen der diversen Gruppen des Stadtteils entspricht und gleichzeitig möglichen Konflikten zwischen ihnen vorbeugt. Damit wurde der Letteplatz auch als Ort für Veranstaltungen und Feste in der Nachbarschaft etabliert, die der Begegnung und dem Kennenlernen der verschiedenen Bewohner*innen dienen, so dass das lokale Vertrauen und der Zusammenhalt im Quartier gestärkt wurden.[15] Eine solche weitreichende Einbeziehung unterschiedlicher Gruppen bei der Umgestaltung von Orten, die sich durch eine vielfältige Nutzerschaft auszeichnen, wird in zahlreichen Kommunen angestrebt, um nachhaltige Ergebnisse in der Quartiersentwicklung zu erzielen, einerseits durch bauliche Maßnahmen, die verschiedene Bedürfnisse integrieren, anderseits durch die Förderung des Zusammenlebens der diversen Bewohner*innengruppen durch deren Begegnung in Partizipationsmaßnahmen. Das zeigt auch das folgende Beispiel aus Tübingen.

Auch in Tübingen standen die Planung und Umsetzung baulich-gestalterischer Maßnahmen im Fokus des Umgangs mit Sicherheit und Diversität im Quartier. Während in Berlin-Reinickendorf ein bestehender Stadtteilplatz umgestaltet wurde, wurden in Tübingen im Rahmen des Projektes „Nachbarschaft und Vielfalt“ Abläufe entwickelt und umgesetzt, um die verschiedenen Belange der vielfältigen Bewohnerschaft bereits in der Planungsphase der Quartiersentwicklung einzubeziehen, um zukünftige Konflikte zu vermeiden und die Identifikation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen mit dem Quartier zu begünstigen.[16] Diese frühzeitige Zusammenführung von Fragen von Vielfalt und Sicherheit im Quartier stellt eine innovative Vorgehensweise dar, insofern diese Aspekte häufig erst in der Nutzungsphase von Orten und Quartieren virulent werden, wenn bereits eine Problemlage besteht (siehe Beispiel Letteplatz, Berlin). In Tübingen dagegen wurden Vielfalt und Sicherheit bereits in der Planungsphase mitgedacht. Den Hintergrund hierzu bildete die Notwendigkeit der Unterbringung von Geflüchteten und der Schaffung bezahlbaren Wohnraums in einer wachsenden Stadt. Um diese Ziele zu verfolgen, hat die Stadt Tübingen an vier Standorten in einem kurzfristig ausgetragenen Konzeptwettbewerb Bauland an Baugruppen vergeben, um dort günstigen Wohnraum und lebendige und gemischte Quartieren zu schaffen. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Bedürfnisse Geflüchteter und auf die Integrationspotenziale entstehender Gemeinschafts- und Freiflächen sowie des öffentlichen Raums gerichtet. Da der Zuzug Geflüchteter auch in Tübingen für Spannungen und Konflikte in der Bürgerschaft insbesondere rund um die betroffenen Wohnstandorte sorgte, wurde der Prozess der Quartiersplanung begleitet von Partizipationsprozessen, die die bestehenden Vorbehalte

15 https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ministerien/BMVBS/Online/2013/DL_ON172013.pdf?__blob=publicationFile&v=2

16 https://www.tuebingen.de/19359.html

abbauen und bereits frühzeitig die Integration der Geflüchteten und den Zusammenhalt in den entstehenden Quartieren begünstigen sollten. Dabei war es ein ausdrückliches Ziel, auch die Geflüchteten zu beteiligen und solche Gruppen zu aktivieren, die nur schwer von Partizipationsformaten erreicht werden.[17] An den vier geplanten Wohnstandorten wurden Bürgerräte, Quartierworkshops und Arbeitsgruppen veranstaltet. Hier wurden erst innerhalb einer Gruppe zufällig ausgewählter Teilnehmer*innen und in der Folge in einem offenen Quartiersworkshop die Bedürfnisse und Wünsche der Bewohner*innen ermittelt und in den Planungsprozess eingebracht. Zu den Teilnehmer*innen gehörten Deutsche und Nicht-Deutsche, Menschen mit Migrationserfahrung, langjährige Bewohner*innen und neuzugewanderte Geflüchtete. Die diskutierten Themen reichten von Verkehrssicherheit über die Gestaltung öffentlicher Räume hin zu Freizeit- und Bildungsangeboten im Quartier sowie zu Fragen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens in einer vielfältigen Nachbarschaft. Die gemeinsame Auseinandersetzung mit solchen Fragestellungen und die gemeinsame Entwicklung von Lösungsansätzen haben zum Kennenlernen der verschiedenen Beteiligten beigetragen und das Vertrauen untereinander durch die Erfahrung der Zusammenarbeit gestärkt. Damit wurden durch die Umsetzung frühzeitiger und inklusiver Partizipationsprozesse bereits in der Planungsphase wichtige Beiträge geleistet zu einer Quartiersentwicklung, die die Nachbarschaft stärkt, indem sie Vorbehalte zwischen den verschiedenen Bewohner*innengruppen abbaut und Vertrauen zwischen ihnen aufbaut. Somit wird schon in der Planung zur späteren Prävention von Konflikten und zur Verbesserung der subjektiven Sicherheit im Quartier beigetragen. Erste Erfolge dieses Vorgehens zeigen sich beispielsweise darin, dass einige der Arbeitsgruppen, die sich im Rahmen des Partizipationsverfahrens zusammengefunden haben, auch nach dessen Ende weiterbestehen. Es deuten sich demnach bereits nachbarschaftliche Strukturen an, die auch eine Voraussetzung für gelingendes Zusammenleben im Quartier bilden.

Der Schwerpunkt der bisherigen Praxisbeispiele lag auf Maßnahmen, die vor allem der Integration und der Stärkung von Nachbarschaftlichkeit dienen, um kriminalpräventiv zu wirken und die subjektive Sicherheit zu verbessern. In diesem Zusammenhang kommen Akteur*innen aus den Bereichen Soziales, Jugend und Integration, aber auch aus der Stadtplanung und -entwicklung wichtige Aufgaben zu. Praxisbeispiele aus Frankfurt a.M., Worms und Mannheim zeigen jedoch, dass gerade auch die klassischen Sicherheitsakteur*innen Polizei und Ordnungsdienste unverzichtbare Partner*innen im Umgang mit Diversität und Sicherheit sind.

Im Rahmen der Fluchtzuwanderung 2015/16 kamen der Polizei wichtige Aufgaben zum Beispiel bei der Beratung der Kommunen bzgl. des Betriebs von Sammelunterkünften oder beim Umgang mit Konflikten, Straftaten oder ordnungswidrigem Verhalten in und um Geflüchtetenunterkünfte zu. In diesem Zusammenhang betrieb die Polizei häufig auch Aufklärungs- und Informationsarbeit gegenüber der lokalen Bevölkerung, um Konflikte, Vorbehalte und Ängste zu mindern. Darüber hinaus nahm sie nicht zuletzt beratende Funktionen gegenüber Geflüchteten wahr, indem sie Informationen zu Rechten, Pflichten und Regeln des Zusammenlebens in Deutschland vermittelte und über die Rolle von Polizei und Behörden hierzulande aufklärte. So richtete die Polizeiinspektion Worms im Zuge der verstärkten Fluchtzuwanderung den Sachbereich Migration ein.[18] Zwei Polizeibeamtinnen

17 https://kommunalwettbewerb-zusammenleben.de/wettbewerb/2018/universitaetsstadt-tuebingen

18 https://kriminalpraevention.rlp.de/fileadmin/kriminalpraevention/Downloads/Aktuelle_News/Best_Practice_Broschuere.pdf

dienen hier als Ansprechpartnerinnen für die Stadtverwaltung und für die Betreiber von Sammelunterkünften, wenn es um Fragen der Sicherheit im Zusammenhang mit der Einrichtung und dem Betrieb der Unterkünfte für Geflüchtete ging. Ziel ist es, einerseits zu verhindern, dass die Geflüchteten Opfer von Straftaten werden, und andererseits die Kriminalität von und unter den Zugewanderten zu reduzieren. Dazu besuchte die Polizei regelmäßig die Sammelunterkünfte, um das Sicherheitsgefühl der Bewohner*innen der Unterkünfte sowie der Bewohnerschaft der umliegenden Quartiere zu stärken. Zudem war die Polizei im Falle von Konflikten vor Ort, um schlichtend einzugreifen und gemeinsam mit den Betroffenen Lösungen zu finden und zukünftigen Konflikten vorzubeugen. Nicht zuletzt koordinierten Polizei, Stadtverwaltung und die Betreiber der Unterkünfte ihre Öffentlichkeits- und Informationsarbeit rund um die Unterkünfte, um Vorbehalte und Ängste abzubauen. Denn die Errichtung solcher Unterkünfte führte immer wieder zu Konflikten, Ressentiments und Verunsicherungen unter den Bewohner*innen in deren Umfeld.

In den Ankunftsquartieren in **Mannheim** haben sich seit 2007 vielfältige Problemlagen im Zusammenhang mit Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien ergeben. Die Zugewanderten befinden sich häufig in prekären sozialen Verhältnissen und waren oft in sogenannten Schrottimmobilien untergebracht, die häufig massiv überbelegt waren. In der Folge kam es zu vermehrten Ordnungsverstößen in den Zuzugsquartieren und zu einer Zunahme armutsspezifischer Kriminalitätsformen. Dabei waren die Zugewanderten häufig selber Opfer von Ausbeutung und Wucher durch organisierte Täter. Diese Entwicklungen stellten eine enorme Herausforderung für die Betroffenen und für das Zusammenleben in den Quartieren dar. Die Stadt Mannheim reagierte mit der Einrichtung der **„Arbeitsgemeinschaft Südosteuropa (AG SOE)“**, die durch die Koordination umfassender integrierter Maßnahmen zu einer Entspannung der Lage vor Ort beitragen konnte. In den Arbeitskreisen **„Ordnungsrechtliche Maßnahmen (OM)“** und **„Integration und Hilfen“** kommen hier verschiedene kommunale Dienststellen und externe Beteiligte zusammen, um sich über aktuelle Problemlagen auszutauschen und um gemeinsame Maßnahmen und Vorgehensweisen zu entwickeln und zu koordinieren.[19] Im Verbund der verschiedenen Akteur*innen und mit der Verknüpfung ordnungsrechtlicher und integrativer Maßnahmen mit Maßnahmen der Strafverfolgung durch die Polizei soll regelwidriges und strafrechtlich relevantes Verhalten in den Quartieren bekämpft werden, Zugewanderte sollen vor Ausbeutung, Übervorteilung und Gefahren geschützt werden, und ausbeuterische und kriminelle Strukturen sollen bekämpft werden. Zudem soll den Zugewanderten die Integration in den Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie in das Bildungssystem erleichtert werden, um so deren Lebenssituation sowie das Zusammenleben in den Quartieren nachhaltig zu verbessern. So kooperieren im Arbeitskreis Ordnungsrechtliche Maßnahmen beispielsweise Bundes- und Landesbehörden wie Zoll, Finanzamt oder Polizei mit verschiedenen kommunalen Dienststellen wie Sicherheit und Ordnung, Bürgerdienste oder Arbeit und Soziales, um durch verstärkte Kontrollen gegen das Problem sogenannter Schrottimmobilien sowie Schwarzarbeit vorzugehen. Gleichzeitig wurde ein **besonderer Ermittlungsdienst** eingerichtet, der bei der Anmeldung von Einwander*innen aus Südosteuropa Hausbesuche mit Muttersprachler*innen vornimmt, um sich einen Überblick über die Wohnsituation zu verschaffen und über Hilfs- und Integrationsangebote zu informieren sowie über geltende Normen und Regeln des Zusammenlebens aufzuklären. Diese Arbeit erfolgt im engen Austausch und in Kooperation u.a. mit dem Integrationsbe-

19 https://www.mannheim.de/sites/default/files/2017-08/V313_2017.pdf

auftragten der Stadt. Neben der Koordination und Kooperation der verschiedenen kommunalen Fachdienste und externen Partner wurde durch die Stadt Mannheim auch ein Integrationsfonds eingerichtet. Der Fonds stellt jährlich 300.000 Euro für integrative Maßnahmen in den von Zuwanderung in besonderem Maße betroffenen Quartieren zur Verfügung. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen können sich mit konkreten Projekten auf Mittel bewerben. Die Vergabe der Mittel obliegt der AG SOE. Die Gründung der AG SOE und deren Ausstattung mit umfangreichen Personalstellen und finanziellen Ressourcen zeigt hier beispielhaft, wie durch die Kooperation zahlreicher kommunaler Akteure aus den Bereichen Sicherheit, Soziales und Integration integrierte Konzepte entwickelt werden können, die Maßnahmen der Repression, Information und Integration vereinen, um nachhaltige Erfolge im Umgang selbst mit komplexen Problemlagen zu erzielen und so die Sicherheitslage in besonders herausgeforderten Quartieren zu verbessern.

Die aufgeführten Praxisbeispiele verdeutlichen, wie Sicherheit, Nachbarschaftlichkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Stadtquartieren durch eine zunehmende gesellschaftliche Diversität herausgefordert werden können. Sie zeigen aber auch, wie ein pragmatischer Umgang von kommunalen Fachverwaltungen, Polizei, Akteur*innen aus dem Dritten Sektor und der Zivilgesellschaft sowie von den Bewohner*innen mit diesen Herausforderungen zu deren Bewältigung beitragen können. Dabei erscheinen vor allem Vorgehensweisen vielversprechend, die Sicherheit und Vielfalt als Querschnittsthemen durch kooperative Maßnahmen angehen und die die verschiedenen Perspektiven und Bedürfnisse diverser Bewohnerschaften integrieren, um ganzheitliche Lösungen zu entwickeln. Solche diversitätsorientierten Sicherheitsstrategien bieten die Voraussetzungen, um Sicherheit, Nachbarschaftlichkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in superdiversen Stadtquartieren nachhaltig zu verbessern.

6. Fazit: Vielfalt und Sicherheit in der Stadt

Das Phänomen der gesellschaftlichen Vielfalt ist in den letzten Jahren zunehmend sichtbar geworden und nimmt damit auch in politischen Diskursen und in der kommunalen Praxis einen erhöhten Stellenwert ein. Eine besondere Dynamik hat sich hierbei insbesondere in den großen Städten ergeben, doch auch in kleineren Gemeinden ist eine wachsende Ausdifferenzierung der Gesellschaft zu beobachten. Durch die starke Fluchtzuwanderung der Jahre 2015/16 ist vor allem das Thema der Migration als signifikanter Teilaspekt von Vielfalt in den Fokus öffentlicher Diskurse gerückt – eng verbunden auch mit Fragestellungen der Sicherheit, denken wir nur an die Berichterstattung über die Silvesternacht in Köln, den Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz, die Ereignisse in Chemnitz, die zahlreichen Angriffe auf Geflüchtete und Geflüchtetenunterkünfte oder schlagzeilenträchtige Gewalttaten im öffentlichen Raum.

Die Auseinandersetzung mit den konkreten Folgen von Migration, Flucht und Asyl vor Ort nimmt auf der Agenda der deutschen Städten und Kommunen demnach einen wichtigen Platz ein. Doch ethnisch-kulturelle Vielfalt stellt lediglich eine Dimension gesellschaftlicher Diversität dar. Tatsächlich ist eine Steigerung von Vielfalt entlang zahlreicher Aspekte festzustellen. Der Begriff der Super-Diversity trägt dieser Tatsache Rechnung, indem er

Diversität als eine intersektionale Überschneidung von verschiedenen Kategorien gesellschaftlicher Vielfalt versteht. Dazu gehören unter anderem der ethnisch-kulturelle Hintergrund, Klasse, Lebensstil, Alter, Geschlecht, körperliche Fähigkeiten oder sexuelle Identität und Orientierung. Das individuelle Zusammenspiel solcher Dimensionen und der gesellschaftliche sowie politische Umgang mit ihnen bedingen die Konstitution von Identitäten sowie die Wirkweise von Inklusions- und Exklusionsdynamiken bezüglich der Teilhabe von Einzelnen und Gruppen an der Gesellschaft.

Diese zunehmende gesellschaftliche Ausdifferenzierung bedingt auch eine Vervielfältigung von Normen und Werten, Bedürfnissen und Interessen, Nutzungsansprüchen- und Gewohnheiten. Es sind die öffentlichen Räume in Städten und Wohnquartieren, in denen die Stadtbewohner*innen dieser gesellschaftlichen Vielfalt begegnen und in denen sie ausgehandelt wird. Denn zunehmende soziale und kulturelle Divergenzen können sich hier in Form von Konflikten zwischen verschiedenen Gruppen und deren Bedürfnissen und Gewohnheiten äußern. Die Bewohnerschaften super-diverser Städte und Stadtquartiere erfahren in diesem Zusammenhang auch eine Uneindeutigkeit des Erwartbaren in ihrem Umfeld, die zu einer diffusen Verunsicherung beitragen kann, die wiederum Verdrängungs- und Rückzugsdynamiken bedingen kann. Im Rahmen solcher Entwicklungen kommen gerade den Kommunen wichtige Aufgaben zu, wenn es darum geht, bei Konflikten zu vermitteln und Verunsicherungen abzubauen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Auch aufgrund dieser Dynamiken an den Berührungspunkten von Vielfalt und Sicherheit erlebt die kommunale Beschäftigung mit Themen der Sicherheit in den letzten Jahren eine gewisse Konjunktur. Sicherheit wird hierbei immer mehr als Aspekt von Lebensqualität erkannt und damit als ein wesentliches Element für funktionierende Quartiere und Nachbarschaften. Es fehlt bisher allerdings häufig an einer umfassenden Perspektive, die die Wechselwirkungen zwischen Vielfalt und Sicherheit genauer betrachtet. Dennoch existiert eine Vielzahl von Berührungspunkten zwischen Themen der Vielfalt und der Sicherheit. Im konkreten Fall können sich die Beziehungen zwischen diesen beiden Aspekten jedoch sehr unterschiedlich darstellen, so dass sich allgemeine Aussagen über die zwischen ihnen bestehenden Zusammenhänge kaum treffen lassen. Stattdessen müssen die Wirkungsweisen der verschiedenen Elemente jeweils situativ als komplexes Beziehungsgeflecht beschrieben werden. Diese Komplexität ergibt sich nicht zuletzt aus der Ambivalenz als konstitutivem Merkmal von Diversität.

So kann sich Vielfalt einerseits in Verunsicherungen äußern. Generelle Unsicherheiten, die sich aus einem sozialen Wandel ergeben, werden hierbei auf Diversität projiziert. Fremdheit fungiert hier als Symbol einer sich verändernden Welt. Aus dieser Perspektive wird Diversität von Betroffenen vor allem als eine Bedrohung der persönlichen Lage sowie als Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts betrachtet. Andererseits beinhaltet Diversität eine Reihe an Potenzialen und Chancen für Städte und Kommunen, beispielsweise wenn Vielfalt als Ressource für soziale, kulturelle und ökonomische Innovationen verstanden wird. Nicht zuletzt kann sich Diversität positiv auf die urbane Sicherheit auswirken, wenn sie die Resilienz von Stadtgesellschaften, Quartieren und Gemeinschaften fördert, indem sie Wissensbestände, Kulturpraktiken und somit die Handlungsoptionen vervielfältigt, die zur Verfügung stehen, um mit externen Schocks und daraus resultierenden Problemdynamiken umzugehen.

In der Kooperation von kommunalen Fachverwaltungen, Akteur*innen aus Gemeinwesen und Zivilgesellschaft sowie vielfältigen Bewohnerschaften ließen sich so diversitätsorientierte Sicherheitsstrategien erarbeiten und

umsetzen, die sich den Herausforderungen an den Schnittstellen von Sicherheit und Diversität stellen. Dazu gehört die Anerkennung divergierender Bedürfnisse, Wertvorstellungen und Lebensstile und deren gemeinschaftliche Vermittlung, um Konflikten und Verunsicherungen zu begegnen und vorzubeugen und damit Nachbarschaftlichkeit, Vertrauen und Zusammenhalt zu fördern. Der Blick in die kommunale Praxis zeigt, dass Kommunen sich in diesem Bereich bereits aktiv engagieren. Sie bearbeiten eine breite Palette an Themengebieten und Handlungsbereichen, die von der Radikalisierungs- und Extremismusprävention bei der Arbeit mit Jugendlichen über die Vermittlung von Konflikten in Wohnquartieren, die Kriminalprävention durch Integrations- und Aufklärungsarbeit und die Stärkung von Vertrauen und Nachbarschaftlichkeit durch Gemeinwesenarbeit bis hin zur Durchsetzung von Regeln des Zusammenlebens durch Kontrollmaßnahmen oder zur Planung von Quartieren und Stadträumen unter Einbeziehung der vielfältigen Bedürfnisse der Bewohnerschaft reichen. Dabei arbeiten Kommunen häufig in umfangreichen Netzwerken, in denen sie die Zusammenarbeit zahlreicher verschiedener Akteur*innen aus Fachverwaltung und Stadtgesellschaft koordinieren und anleiten.

Obwohl Kommunen sich den Zusammenhängen von Sicherheit und Vielfalt in der Praxis vermehrt widmen, ist festzustellen, dass sie sich das Handlungsfeld von Sicherheit und Vielfalt erst langsam erschließen. Dazu tragen unter anderem sehr unterschiedliche Verständnisse von Diversität und Sicherheit und den Beziehungen, die zwischen ihnen bestehen, in den verschiedenen Ämtern und Fachbereichen bei. Darüber hinaus gibt es Vorbehalte gegen eine Versicherheitlichung des Bereichs der Migration und Vielfalt, insbesondere seitens der Akteur*innen aus dem Bereich der Integrations-, Sozial- und Gemeinwesenarbeit. Sie befürchten eine Stigmatisierung sowie eine Diskreditierung integrativer Maßnahmen zugunsten repressiver Vorgehensweisen, die marginalisierte Gruppen der Stadtgesellschaft benachteiligen. Diversitätsorientierte Sicherheitsstrategien begegnen diesen Bedenken, indem sie die Konflikte und Verunsicherungen, die aus gesellschaftlicher Vielfalt entstehen können, anerkennen und sie basierend auf der Leitidee einer Stadt für alle bearbeiten. So fungiert Sicherheit nicht als ein Vehikel zur Ausgrenzung, sondern zielt ab auf die Förderung von Lebensqualität, Nachbarschaftlichkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

7. Literatur

Abascal, Maria, und Delia Baldassarri (2015): Love Thy Neighbor? Ethnoracial Diversity and Trust Reexamined, in: American Journal of Sociology, 121(3): 722–782.

Abt, Jan (2016): Sicherheit im Wohnumfeld – Akteure, Netzwerke, Strategien für ein sicheres Wohnumfeld in den Fallstudienstädten, Berlin (Deutsches Institut für Urbanistik).

Abt, Jan, und Renate Lieb (2014): Das Ende von Institutionen als Strukturierungsansatz? Eine neue Typologie des Akteursfeldes, in: Jan Abt, Leon Hempel, Dietrich Henckel, Ricarda Pätzold, Gabriele Wendorf (Hrsg.): Dynamische Arrangements städtischer Sicherheit. Von Akteuren, Kulturen und Bildern, Wiesbaden: 193–218.

Allport, Gordon W. (1954): The nature of prejudice, Cambridge, MA (Perseus Books).

BAMF (2017a): Aktuelle Zahlen zu Asyl. Dezember 2016, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-dezember-2016.pdf?__blob=publicationFile [Zugriff: 7.3.2019].

BAMF (2017b): Das Bundesamt in Zahlen 2016. Asyl, Migration und Integration, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2016.pdf?__blob=publicationFile [Zugriff: 07.03.2019].

BAMF (2017c): Freizügigkeitsmonitoring. Migration von EU-Bürgern nach Deutschland. Jahresbericht 2016, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/freizuegigkeitsmonitoring-jahresbericht-2016.pdf?__blob=publicationFile [Zugriff: 07.03.2019].

BAMF (2018): Aktuelle Zahlen zu Asyl. Mai 2018, http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-mai-2018.pdf?__blob=publicationFile [Zugriff: 07.03.2019].

Bauman, Zygmunt (1997): Flaneure, Spieler und Touristen. Essays zu postmodernen Lebensformen, Hamburg.

Bauman, Zygmunt (2006): Liquid Fear, Cambridge (Polity Press).

Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen: 35-74.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main.

Beck, Ulrich (2007): Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit, Frankfurt/Main.

Beck, Ulrich (2009): Interview zu „diversity“ am Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften (mpimmg), Interview geführt von Karen Schönwälder, www.mmg.mpg.de/en/diversity-interviews/beck [Zugriff: 07.03.2019].

Bertelsmann Stiftung (2018): Faktor Vielfalt. Die Rolle kultureller Vielfalt auf Innovationen in Deutschland, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfalt_Leben/Studie_LW_Faktor_Vielfalt_2018.pdf [Zugriff: 07.03.2019].

Biene, Janusz (2017): Lokale Identität: Ein Thema für die Präventionsarbeit auf kommunaler Ebene, https://www.ufuq.de/lokale-identitaet-ein-thema-fuer-die-praeventionsarbeit-auf-kommunaler-ebene/[Zugriff: 07.03.2019].

BKA (2016): Kriminalität im Kontext von Zuwanderung. Bundeslagebild 2015, https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung_2015.pdf;jsessionid=499109398D7CF96ECA8FDA1DBE06551C.live2301?__blob=publicationFile&v=3 [Zugriff: 05.03.2019]

BKA (2017): Kriminalität im Kontext von Zuwanderung. Bundeslagebild 2016, https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung_2016.pdf?__blob=publicationFile&v=6 [Zugriff: 05.03.2019]

BKA (2018): Kriminalität im Kontext von Zuwanderung. Bundeslagebild 2017, https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung_2017.html;jsessionid=96C97494DC166D4C94C79F320D350B36.live0602?nn=62336 [Zugriff: 05.03.2019]

Blokland, Talja (2011): „Even when I see the real scoundrel around here, I don't feel unsafe“. On neighbourhood diversity, conflicts, and safety, in: H. Herrmann et al. (Hrsg.): Die Besonderheit des Städtischen. Über das Besondere der Stadt und der Stadtkultur, Wiesbaden: 176-193.

BMVBS (2012): Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland, https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ministerien/BMVBS/Sonderveroeffentlichungen/2012/StandKommunaleIntegrationspolitik.html?nn=441864 [Zugriff: 07.03.2019].

Bornewasser, Manfred, und Anne Köhn (2012): Subjektives Sicherheitsempfinden, https://d-nb.info/1140787225/34.

bpb (2017): focus Migration. Länderprofil Deutschland, http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/208594/deutschland [Zugriff: 26.02.2019].

Bröckling, Ulrich (2017): Resilienz. Über einen Schlüsselbegriff des 21. Jahrhunderts, https://www.soziologie.uni-freiburg.de/personen/broeckling/broeckling-resilienz [Zugriff: 26.02.2019].

Bucerius, Sandra (2016): Die soziale Integration ist entscheidend, https://mediendienst-integration.de/artikel/gastkommentar-sandra-bucerius-kriminalitaet-migration-zweite-generation-soziale-integration.html [Zugriff: 06.03.2019].

Bude, Heinz (2014): Gesellschaft der Angst, Hamburg.

Buzan, Barry, Ole Waever, Jaap de Wilde, (1998): Security: A New Framework for Analysis, Lynne Rienner Publishers.

Carpenter, Stephen R., et al. (2012): General Resilience to Cope with Extreme Events, in: Sustainability 4 (12): 3248-3259.

Connolly, Kate (2018): Fear in Chemnitz: „I'm used to neo-Nazis, but not my neighbour mixing with them in broad daylight", in: The Guardian, https://www.theguardian.com/world/2018/aug/31/germany-chemnitz-far-right-neo-nazis-not-neighbour [Zugriff: 21.03.2019].

DAAD (2017): Wissenschaft weltoffen. Daten und Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland, Bielefeld, http://www.wissenschaftweltoffen.de/publikation/wiwe_2017_verlinkt.pdf [Zugriff: 07.03.2019].

Daase, Christopher (2013): Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm, Working Paper 13 im Projekt „Sicherheitskultur im Wandel", http://www.sicherheitskultur.org/fileadmin/files/WorkingPapers/13-Daase.pdf [Zugriff: 07.03.2019].

Dangschat, Jens S. (2014): Residentielle Segregation, in: Paul Gans (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration, Hannover (ARL): 63-78.

Dangschat, Jens S. (2017): Urbaner sozialer Wandel. Von der sozial gemischten Stadt zur segregierten und fragmentierten Stadt, i Jürgen: Krusche (Hrsg.): Die ambivalente Stadt. Gegenwart und Zukunft des öffentlichen Raums, Berlin: 18-34.

Dangschat, Jens S., und Monika Alisch (2014): Soziale Mischung – die Lösung von Integrationsherausforderungen?, in: Paul Gans (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration, Hannover (ARL): 200-219.

Destatis (2017): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2016, Fachserie 1 Reihe 2.2., https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220167004.pdf;jsessionid=B1CB291A1FE6B9EDFA4AAC9043E55C3C.InternetLive1?__blob=publicationFile [Zugriff: 05.07.2018].

Deutscher Städtetag (2017): Sicherheit und Ordnung in der Stadt. Positionspapier des Deutschen Städtetags, http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/mat/positionspapier_sicherheit_und_ordnung_2017.pdf [Zugriff: 05.07.2018].

Eckardt, Frank, und Janet Merkel (2010): Ethnische Vielfalt als Ressource der Stadtentwicklung? Toleranz im städtischen Alltag – Berlins und Frankfurts Integrationspolitiken im Vergleich, in: Christine Hannemann et al. (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2009/2010. Schwerpunkt: Stadtkultur und Kreativität, Opladen: 83-103.

Esser, Hartmut (1986): Ethnische Kolonien: „Binnenintegration" oder gesellschaftliche Isolation?, in: Jürgen H. P. Hoffmann-Zlotnik, (Hrsg.): Segregation oder Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland, Mannheim: 106-117.

Ewald, François (1996): Der Vorsorgestaat, Frankfurt/Main.

Farwick, Andreas (2012): Segregation, in: Frank Eckardt (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie, Wiesbaden: 381–421.

Farwick, Andreas (2014): Migrantenquartiere. Ressource oder Benachteiligung?, in: Paul Gans (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration, Hannover (ARL): 219–239.

Floeting, Holger (2008): Selbständigkeit von Migranten und informelle Netzwerke als Ressource für die Stadtentwicklung, in: Erol Yildiz und Birgit Mattausch (Hrsg.): Urban Recycling. Migration als Großstadt-Ressource, Basel, Boston, Berlin: 52–62.

Floeting, Holger (2015): Urbane Sicherheit, in: ders. (Hrsg.): Sicherheit in der Stadt. Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen. Berlin (Edition Difu. Stadt – Forschung – Praxis, Bd. 14): 21-91.

Floeting, Holger (2018): Diversitätsorientierte Sicherheitsstrategien, in: Holger Floeting, Gudrun Kirchhoff, Henrik Scheller, Jessica Schneider (Hrsg.): Zuwanderung und Integration von Ge-

flüchteten in Kommunen. Der lange Weg vom Ankommen zum Bleiben, Berlin (Difu-Impulse, Bd. 1/2018): 164-174.
Floeting, Holger, Bettina Reimann, Ulla Schuleri-Hartje (2005): Von „Tante Emma“ zu „Onkel Ali“ – Entwicklungen der Migrantenökonomie in den Stadtquartieren deutscher Großstädte (Difu Aktuelle Information): 1-20, https://difu.de/publikationen/2005/von-tante-emma-zu-onkel-ali-entwicklung-der.html [Zugriff: 05.07.2018].
Follmer, Robert, Jette Kellerhoff, Fridolin Wolf (2018): Vom Unbehagen an der Vielfalt (Bertelsmann Stiftung), https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/LW_Studie_2017_Unbehagen_an_der_Vielfalt.pdf [Zugriff: 25.02.2019].
Foroutan, Naika (2015): Die postmigrantische Gesellschaft, bpb Kurzdossier „Zuwanderung, Flucht und Asyl“, http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/205190/die-postmigrantische-gesellschaft [Zugriff: 07.03.2019].
Foroutan, Naika (2017): Blick hinter den Schleier, Interview mit der Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg, http://www.bw.rosalux.de/publikation/id/14762/blick-hinter-den-schleier/ [Zugriff: 26.02.2019].
Foucault, Michel (2015): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I, Frankfurt/Main.
Friedrichs, Jürgen, und Sascha Triemer (2008): Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten, Wiesbaden.
Gans, Paul, und Claus Schlömer (2014): Phasen internationaler Migration und ihre Auswirkungen auf Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland seit 1945, in: Paul Gans (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration, Hannover (ARL): 127-162.
Gebhardt, Dirk (2013): Integrationspolitik und die Quartiersebene – zwischen kommunaler Integrationspolitik und Sozialer Stadtpolitik, in: Olaf Schnur, Matthias Drilling, Philipp Zakrzewski (Hrsg.): Migrationsort Quartier – zwischen Segregation, Integration und Interkultur, Wiesbaden: 27-41.
Georgi, Viola B. (2015): Integration, Diversity, Inklusion. Anmerkungen zu aktuellen Debatten in der deutschen Migrationsgesellschaft, DIE Zeitschrift, 2/2015: 25-28.
Gestring, Norbert (2014): Widersprüche und Ambivalenzen kommunaler Integrationskonzepte, in: Paul Gans (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration, Hannover (ARL): 311-327.
Göbel, Jan, und Lukas Hoppe (2015): Lebenslagen in Deutschland. Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Ausmaß und Trends sozialräumlicher Segregation in Deutschland, http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/abschlussbericht-sozialraeumliche-segregation.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [Zugriff: 05.07.2018].
Götz, Norbert (1997): Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne? Rechtsextreme Einstellungen in Berlin, in: Zeitschrift für Soziologie 26 (6): 393-413.
Grewal, Daisy (2016): Does Diversity Create Distrust? Doubts about a Harvard professor's landmark finding, https://www.scientificamerican.com/article/does-diversity-create-distrust/
Gruber, Bettina (2017): TEIL.HABEN. Voraussetzung für inklusive Entwicklungen in Städten, in: Thomas Geisen, Christine Riegel, Erol Yildiz (Hrsg.): Migration, Stadt und Urbanität. Perspektiven auf die Heterogenität migrantischer Lebenswelten, Wiesbaden: 97-113.
Häfele, J. (2013): Die Stadt, das Fremde und die Furcht vor Kriminalität, Wiesbaden.
Häußermann, Hartmut (2012): Urbane Lebensweise, Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier: Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde, http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138638/urbane-lebensweise [Zugriff: 04.07.2018].
Häußermann, Hartmut, Martin Kronauer, Martin, Walter Siebel (2004): Stadt am Rand: Armut und Ausgrenzung, in: dies. (Hrsg.): An den Rändern der Städte, Frankfurt a.M.: 7-40.
Häußermann, Hartmut, Dieter Läpple, Walter Siebel (2008): Stadtpolitik, Frankfurt a.M.
Häußermann, Hartmut, und Walter Siebel (1987): Neue Urbanität, Frankfurt a.M.
Häußermann, Hartmut, und Walter Siebel (2001): Integration und Segregation – Überlegungen zu einer alten Debatte, in: Albrecht Göschel (Hrsg.): Integration und Stadt, Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 40. Jg., 2001/1: 68-80.
Häußermann, Hartmut, und Walter Siebel: (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung, Frankfurt a.M.
Heinrich Böll Stiftung (2012): Marginale Urbanität oder: wie gehören Migration, Diversität und Stadtentwicklung zusammen?, https://heimatkunde.boell.de/2012/05/01/marginale-urbanitaet-oder-wie-gehoeren-migration-diversitaet-und-stadtentwicklung [Zugriff: 07.03.2019].
Heitmeyer, Wilhelm (1998): Versagt die „Integrationsmaschine“ Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen, in: Wilhelm Heitmeyer, Rainer Dollase, Otto Backes (Hrsg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer

Stadtentwicklung für für das ethnisch-kulturelle zusammenleben, Frankfurt a.M.: 443-467.
Helbig, Marcel, und Stefanie Jähnen (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten, WZB Discussion Paper P 2018-001, https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf [Zugriff: 05.07.2018].
Hirtenlehner, Helmut (2009): Kriminalitätsangst – klar abgrenzbare Furcht vor Straftaten oder Projektionsfläche sozialer Unsicherheitslagen? Ein Überblick über den Forschungsstand von Kriminologie und Soziologie zur Natur kriminalitätsbezogener Unsicherheitsgefühle der Bürger, in: Journal für Rechtspolitik 1/2009: 13–22.
Hirtenlehner, Helmut, und Eva Groß (2018): Sichtbare ethnische Vielfalt und Furcht vor Kriminalität, in: Kriminalistik (8-9): 526–531.
Hohage Christoph (2004): Incivilities und Kriminalitätsfurcht, in: Soziale Probleme, Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle (1): 77-95.
Hummelsheim-Doss, Dina (2017): Objektive und subjektive Sicherheit in Deutschland. Eine wissenschaftliche Annäherung an das Sicherheitsgefühl, in: APuZ 32-33, Innere Sicherheit: 34-39, http://www.bpb.de/apuz/253609/objektive-und-subjektive-sicherheit-in-deutschland?p=all [Zugriff: 07.03.2019].
Jacobs, Christian (2017): Das Zusammenleben in der vielfältigen Stadt planen, in: Informationen zur Raumentwicklung 2/2017.
Janßen, Andrea, und Julia H. Schroedter (2007): Kleinräumliche Segregation der ausländischen Bevölkerung in Deutschland: Eine Analyse auf der Basis des Mikrozensus, in: Zeitschrift für Soziologie 36 (6): 453-472.
Kanton Basel-Stadt und Basel-Fonds (2018): Sicherheit öffentlicher Räume am Beispiel des Kantons Basel-Stadt. Erfolgsfaktoren, Trends und Handlungsoptionen, https://www.ebp.ch/sites/default/files/project/uploads/2018-09-03_Sicherheit_%C3%B6ffentlicher_R%C3%A4ume_Schlussbericht.pdf
Kaschuba, Wolfgang (2017): Die Stadt, ein großes Selfie? Urbanität zwischen Bühne und Beute, http://www.bpb.de/apuz/260060/urbanitaet-zwischen-buehne-und-beute?p=all [Zugriff: 26.02.2019].
Kaufmann, Franz-Xaver (1973): Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften, Stuttgart.
Kaufmann, Franz-Xaver (2003): Sicherheit. Das Leitbild beherrschbarer Komplexität, in: Stefan Lessenich, Stefan (Hrsg.): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Theorie und Gesellschaft, 52, Frankfurt und New York: 73-104.
Krummacher, Michael (2017): Kommunale Integrationspolitik in Deutschland. Fakten, Entwicklungstrends, Widersprüche, Perspektiven, in: Thomas Geisen, Christine Riegel, Erol Yildiz (Hrsg.): Migration, Stadt und Urbanität. Perspektiven auf die Heterogenität migrantischer Lebenswelten, Wiesbaden: 79-97.
Lofland, Lyn H. (1998): The public realm. Exploring the city's quintessential social territory, Hawthorne, N.Y.
Luhmann, Niklas (1987): Soziale Systeme – Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/Main.
Luhmann, Niklas (1991): Soziologie des Risikos, Berlin und New York.
Maxwill, Peter (2019): Die Chemnitz-Connection, in: Spiegel Online, http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/chemnitz-wie-rechtsextremisten-sich-in-der-stadt-breitmachen-a-1247701.html [Zugriff: 21.03.2019].
MDR (2019): Der Todesfall Daniel H. – eine Chronologie der Ereignisse in Chemnitz, https://www.mdr.de/sachsen/chemnitz/chemnitz-stollberg/chemnitz-ausschreitungen-chronologie-demonstrationen-100.html [Zugriff: 21.03.2019].
Moutselos, Michalis, et al. (2017): MMG-Working Paper CityDiv 2017: Cities and the Challenge of Diversity (CityDiv): The Survey, Technical Report, http://www.mmg.mpg.de/publications/working-papers/2017/wp-17-09/ [Zugriff: 07.03.2019].
Münch, Sybille (2014): Das Mantra der Mischung: Die Problematisierung von ethnischer Segregation in Deutschland und den Niederlanden, in: Paul Gans (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration, Hannover: (ARL): 327-344.
Newman, Janet (2004): Modernizing the State. A New Style of Governance?, in: Jane Lewis und Rebecca Surender (Hrsg.): Welfare State Change. Towards a Third Way?, Oxford (University Press): 69-88.
Oberwittler, D., H. Janssen, D. Gerstner (2017): Unordnung und Unsicherheit in großstädtischen Wohngebieten – Die überschätzte Rolle von „Broken Windows“ und die Herausforderungen ethnischer Diversität, in: Soziale Probleme 28: 181-205.
Petermann, Sören, und Karen Schönwälder: Gefährdet Multikulturalität tatsächlich Vertrauen und Solidarität? Eine Replik, in: Leviathan 40 (4): 482-490.
Pettigrew, Thomas F., und Linda R. Tropp (2006): A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory, in: Journal of

Personality and Social Psychology 90 (5): 751-783.
Pickett, J., T. Chiricos, K. Golden, M. Gertz (2012): Reconsidering the relationship between perceived neighborhood racial composition and whites' perceptions of victimization risk: Do racial stereotypes matter?, in: Criminology 50: 145-186.
Poutvaara, Panu, und Max Friedrich Steinhardt (2015): Bitterness in life and attitudes towards immigration, SOEP-papers on Multidisciplinary Panel Data Research 800 2015, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.519191.de/diw_sp0800.pdf [Zugriff: 05.07.2018].
Putnam, Robert D. (2007): E Pluribus Unum: Diversity and Community in the Twenty-first Century, in: Scandinavian Political Studies 30 (2): 137-174.
Reckwitz, Andreas (2016): Zwischen Hyperkultur und Kulturessenzialismus, Essay auf soziopolis, https://www.soziopolis.de/beobachten/kultur/artikel/zwischen-hyperkultur-und-kulturessenzialismus/
Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne, Frankfurt a.M.
Reimann, Bettina (2008): Integration von Zuwanderern im Quartier: Ausgangslage, Herausforderungen und Perspektiven, in: Olaf Schnur (Hrsg.): Quartiersforschung zwischen Theorie und Praxis, Wiesbaden: 193-208.
Reuband, Karl-Heinz (1994): Steigende Kriminalitätsfurcht – Mythos oder Wirklichkeit?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 45: 214–220.
Römhild, Regina, und Steven Vertovec (2011): „Frankfurt vernetzt". Vernetzungs- und Vielfaltspolitik in Frankfurt am Main. Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts für die Stadt Frankfurt am Main, Arbeitspapier des Dezernats für Integration Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, https://www.frankfurt.de/sixcms/media php/738/Integrationskonzept.pdf [Zugriff: 07.03.2019].
Ronneberger, Klaus, Stephan Lanz, Walther Jahn (1999): Die Stadt als Beute, Bonn.
Schader-Stiftung et al. (Hrsg.) (2005): Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik, https://www.irbnet.de/daten/rswb/05049005006.pdf [Zugriff: 05.07.2018].
Schewe, Christoph S. (2006): Subjektives Sicherheitsgefühl, in: Hans-Jürgen Lange und Matthias Gasch (Hrsg.): Wörterbuch zur Inneren Sicherheit, Wiesbaden: 322-325.
Schnur, Olaf, Matthias Drilling, Philipp Zakrzewski (2013): Migrationsort Quartier – zwischen Segregation, Integration und Interkultur, in: Olaf Schnur, Matthias Drilling, Philipp Zakrzewski (Hrsg.): Migrationsort Quartier – zwischen Segregation, Integration und Interkultur, Wiesbaden: 9-27.
Schreiber, Verena (2007): Lokale Präventionsgremien in Deutschland, in: Forum Humangeographie 2, Frankfurt/Main,https://www.uni-frankfurt.de/47267666/FH-2.pdf [Zugriff: 26.02.2019].
Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina, Holger Floeting, Bettina Reimann (2005): Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab, Berlin und Darmstadt (Deutsches Institut für Urbanistik/Schader-Stiftung).
Senat von Berlin (2013): Das Leitbild von der urbanen Mischung. Geschichte, Stand der Forschung, Ein- und Ausblicke, https://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/baukultur/iba/download/studien/IBA-Studie_Urbane_Mischung.pdf [Zugriff: 26.02.2019].
Sherif, Muzafer, et al. (1961): The Robbers Cave Experiment: Intergroup Conflict and Cooperation, Middletown, Conn. (Wesleyan University Press).
Siebel, Walter (2017): Integration von Zuwanderern. Eine elementare Kultur der europäischen Stadt, in: Informationen zu Raumentwicklung, H. 2/2017: 6-12.
Snell, C. (2001): Neighborhood structure, crime and the fear of crime, New York (LFB Scholarly Publishing).
Soja, Edward W. (1995): Postmoderne Urbanisierung, in: Gotthard Fuchs, Bernhard Moltmann, Walter Prigge (Hrsg.): Mythos Metropole, Frankfurt a.M.: 143-164.
Stadt Dortmund (2018): Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa, https://www.dortmund.de/media/downloads/pdf/news_pdf/2018_9/Anlage_Dortmunder_Sachstandsbericht_SOE_2018.pdf [Zugriff: 27.03.2018).
Stirling, Andy (2010): Keep it complex, in: Nature 468: 1029-1031, http://www.sustainablelifestyles.ac.uk/sites/default/files/publicationsdocs/keep_it_complex.pdf [Zugriff: 07.03.2019].
Terkessidis, Mark (2008): Diversity statt Integration. Kultur- und integrationspolitische Entwicklungen der letzten Jahre, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 123, 4/2008: 47-53.
Thomas, William Isaac, und Dorothy Swaine Thomas (1928): The child in America: Behavior problems and programs, New York (Alfred A. Knopf).
Vertovec, Steven (2007): Super-Diversity and Its Implications, in: Ethnic and Racial Studies 30 (6): 1024–1054.
Vormann, Boris (2015): Urban Diversity: Disentangling the Cultural from the Economic Case, in: New Diversities 17 (2): 119-130.
Wang, X. (2012): Undocumented immigrants as perceived criminal threat: A test of the minority threat perspective, in: Criminology 50: 743-776.

Wiley, Norbert F. (1967): The Ethnic Mobility Trap and Stratification Theory, in: Social Problems 15 (2): 147-159.
Wurtzbacher, Jens (2008): Urbane Sicherheit und Partizipation. Stellenwert und Funktion bürgerschaftlicher Beteiligung an kommunaler Kriminalprävention, Wiesbaden.
Yildiz, Erol (2017): Die weltoffene Stadt. Migration und Vielfalt als urbane Ressource, in: Ursula Gross-Dinter, Florian Feuser, Carmen Ramos Méndez-Sahlender (Hrsg.): Zum Umgang mit Migration. Zwischen Empörungsmodus und Lösungsorientierung: 11-24.
Zeit Online (2018): Chemnitz und der braune Sumpf, https://www.zeit.de/news/2018-10/01/chemnitz-und-der-braune-sumpf-181001-99-195905 [Zugriff: 21.03.2019].
Ziegleder, Diana, Dominic Kudlacek, Thomas Fischer (2011): Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung, Forschungsforum Öffentliche Sicherheit, Schriftenreihe Sicherheit, Nr. 5, http://www.sicherheit-forschung.de/forschungsforum/schriftenreihe_neu/sr_v_v/sr_5.pdf [Zugriff: 07.03.2019].